Zur "ideologischen Offensive" der GRF-Führer S.6

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 22 vom 31. Mai 1975 — 9. Jahrgang — 50 Pfennig

NATO Frühjahrstagung

Supermächte verschärfen Kriegsvorbereitungen

Die gegenwärtige Frühjahrstagung der Nato, die alljährlich in Brüssel stattfindet, wird von den US-Imperialisten mit größter Aufmerksamkeit durchgeführt. Die halbe US-Regierung ist auf den Beinen und hält sich in Westeuropa auf: Zuerst erschien Kissinger zu Vorgesprächen, dann kam US-Kriegsminister Schlesinger angereist, um die Verhandlungen zu führen und selbst US-Chef Ford erschien in Brüssel, um die anderen Nato-Länder zu schärferem Rüstungstempo und zum Ausbau der Nato anzutreiben. Wettrüsten für die Konfrontation mit den sowjetischen Sozialimperialisten – das war entgegen dem Abrüstungstheater in Genf und Wien ganz unverhohlen das Motto dieser Nato-Tagung in Brüssel.

Die US-Imperialisten hatten einen ganzen Katalog an Forderungen, um ihren Kriegsblock in Europa weiter auszubauen: Die westeuropäischen Nato-Länder sollen nicht nur die Inflationsrate bei ihrem Beitrag ausgleichen, sondern darüber hinaus ihre Beiträge um 3% bis 5% weiter erhöhen. Außerdem verlangte das Pentagon, daß der Nato-Kriegsblock um eine treue Marionette des US-Imperialismus erweitert werde, das faschistische Franco-Spanien. Zudem soll die Nato laut Ford ihren Wirkungskreis über den nordatlantischen Raum hinaus ausweiten.

Diese Forderungen des Pentagon bedeuten für die westeuropäischen Länder, in noch größerem Maße unter die Knute der US-Vorherrschaft gestellt zu werden; sie bedeuten, daß der Nato-Block noch direkter im Dienst des US-Imperialismus eingesetzt wird. Den Nato-Wirkungskreis auszuweiten, wie Ford es verlangt, heißt nichts anderes, als daß westdeutsche, belgische, britische Soldaten sei es gegen die arabischen Länder, sei es gegen Nordkorea oder gegen andere Länder der Welt für die Weltherrschaft des US-Imperialismus auf die Schlachtfelder gejagt werden.

Was treibt die US-Imperialisten dazu, so unverhohlen ihren Militärblock in Europa auf Vordermann zu bringen? Es ist der Versuch der imperialistischen Supermacht USA, nach ihren Niederlagen der letzten Monate, alle Kräfte zu mobilisieren, um ihre Stellung als „Weltgendarm" gegen die Völker zu verteidigen. Das Scheitern der sogenannten „Kissinger-Mission" im Nahen Osten; die Zypernkrise, die dazu führte, daß sich die Widersprüche zwischen den USA und der Türkei und Griechenland verschärften und den Einfluß des US-Imperialismus an dieser Nato-Flanke schwächte; die Entwicklung in Portugal, wo die sowjetischen Sozialimperialisten als neue Unterdrücker dem Rivalen in Washington den Rang ablaufen; vor allem aber die völlige Niederlage, die der US-Imperialismus in Indochina erlitten hat, wo die „Weltmacht" USA von zwei kleinen Völkern grün und blau geschlagen und vollständig besiegt wurde – all diese Niederlagen, die deutlich zeigen, **daß es mit der Supermacht Nr. 1 bergabgegangen ist, sind für die US-Imperialisten Anlaß, in der Hauptbastion ihrer Vorherrschaft, in Westeuropa, vollauf zu mobilisieren, um weiterhin ihre Rolle in der Welt behaupten zu können.**

Aber es ist nicht nur der Schrecken über die gewaltigen Schläge der Völker der Welt, der den US-Imperialisten in den Gliedern sitzt, sondern es ist auch die immer schärfer werdende Konkurrenz mit der anderen imperialistischen Supermacht, der Sowjetunion, um den Platz Nr. 1 der Weltherrschaft, die die US-Imperialisten zur Mobilisierung aller Kräfte treibt. Das letzte Treffen zwischen Kissinger und Gromyko hat erst kürzlich gezeigt, daß die sowjetischen Sozialimperialisten gegenüber Washington immer schärfer hervorkehren, daß die Sowjetunion heute eine Weltmacht sei, ohne deren Zustimmung die USA keinen Schritt tun könne. Es ist die offene Herausforderung der Neuen Kremlzaren, mit dem US-Imperialismus die Kräfte zu messen, eine gewaltsame Neuaufteilung der Welt zu erzwingen.



Fortsetzung auf Seite 8

Gerichtsverhandlung hinter Stacheldraht und MG Posten

Im Namen des Volkes?

Am Mittwoch letzter Woche begann der Prozeß gegen die RAF-Gefangenen Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe und Andreas Baader. Dieser Prozeß findet unter faschistischen Bedingungen statt. Das Verhandlungsgebäude, ein Betonbunker, gleicht mit seinen Absperrungseinrichtungen einem Konzentrationslager.

Riesige Zäune mit Stacheldraht umgeben das Gebäude. Hinter dem Zaun ein Sandstreifen und ein weißgetünchter Holzzaun, der nachts von Scheinwerfern angestrahlt wird, ähnlich wie wir es von der Grenze der DDR her kennen. Aus verschiedenen Bundesländern ist die Polizei schwerbewaffnet zusammengezogen worden. Alle Durchgänge für die Besucher sind mit spanischen Reitern schmal abgegrenzt. Man kommt jeweils einzeln durch verschiedene Kontrollzellen. Die Türen dieser Zellen werden elektronisch von zentraler Stelle aus geschlossen und geöffnet. Dann muß man sich an die Wand stellen, Leibesvisitationen, Untersuchung mit elektronischen Sonden. Schuhe, Verbände – alles wird kontrolliert.

Die Straßen in der Nähe des Verhandlungsgebäudes sind abgesperrt. Ein Mann, der wie gewohnt aus seiner Straße herausfahren wollte und leicht von der Sonne geblendet wurde, rammte eine Barriere. Jedes Auto, jeder Fußgänger, der sich dem Verhandlungsgebäude nähert, wird mehrfach kontrolliert. Der Luftraum ist gesperrt und über dem Verhandlungsbunker sind Netze aufgespannt, um Gegenstände, die eventuell aus der Luft kommen, aufzufangen. Es wimmelt regelrecht von Polizei, von Zivilspitzeln.

Unter solchen polizeistaatlichen Methoden findet hier der Prozeß statt, dessen Urteil so und so schon feststeht, der nur den Zweck hat, die „legale" Grundlage für die weitere Inhaftierung und Folterung der angeklagten Gefangenen zu liefern.

Durch die neue Strafprozeßordnung hat sich die Bourgeoisie die Möglichkeit geschaffen, die Verteidigung der RAF-Gefangenen juristisch unmöglich machen zu können. Die Zahl der Verteidiger ist bereits reduziert worden, die Verteidiger des Vertrauens von Andreas Baader sind bereits ausgeschlossen worden. Die neue Strafprozeßordnung bietet die Möglichkeit, sämtliche Angeklagte und Verteidiger auszuschließen, bis auf die staatlichen „Pflichtverteidiger".

Diese ganzen faschistischen Unterdrückungsmaßnahmen werden als notwendige Sicherungs- und Schutzmaßnahmen gegen sogenannte „Gewaltkriminelle" zum Schutz der

Fortsetzung auf Seite 7

Entlassungen, Kurzarbeit, Rationalisierung

Krise in der Stahlindustrie

Weitere Produktionseinschränkungen, Rationalisierungsmaßnahmen und Entlassungen sind in verschiedenen Stahlbetrieben angekündigt. Die Überproduktionskrise in der Stahlindustrie hat sich weiter zugespitzt. Hoesch hat Kurzarbeit angekündigt, ein Hochofen und drei SM-Öfen sind außer Betrieb gesetzt, insgesamt sind seit Jahresbeginn ca. 800 Kollegen entlassen worden. Im Stahlwerk in Ijmuiden des Estl-Konzerns in Holland, zu dem auch Hoesch gehört, sind seit Jahresanfang 1 000 Kollegen entlassen worden. Bei Klöckner in Bremen ist für das gesamte Werk vom 23.6. bis 5.7. Kurzarbeit angekündigt worden. Bei Thyssen-Niederrhein sollen wahrscheinlich zwei Feineisenstraßen wegrationalisiert werden „und dabei wird es nicht bleiben", sagten die Kollegen. Bei Krupp in Bochum müssen 1 280 Arbeiter und 300 Angestellte aus der Verwaltung kurzarbeiten, im Werk Rheinhausen sind es sogar 7 000 Kollegen, die von der Kurzarbeit betroffen sind. Der Umsatz und die Nachfrage in der Stahlindustrie sind in den letzten Monaten ständig gesunken.

Im Oktober letzten Jahres hieß es noch: „9% Lohnerhöhung werden unsere Arbeitsplätze sichern." „Stabilität durch Lohnverzicht", predigten die Kapitalisten und der DGB-Apparat, um die Arbeiter vom Kampf gegen die ständige Verschlechterung der Lebenslage abzuhalten. Heute, wo die Krise für jeden offensichtlich ist, heißt es, nicht nur die Arbeiter seien von der Krise betroffen, sondern auch die Kapitalisten. Wenn es den Kapitalisten gut geht, sollen auch wir angeblich wieder Arbeit haben.

Fortsetzung auf Seite 3

AUS DEM INHALT

5 Jahre Erklärung vom 20. Mai 1970 2
Brutaler Polizeieinsatz gegen Schüler. 4
Rede des Genossen J. Jourquet zum Besuch einer Delegation der VR China in Frankreich 5
„l' Humanite rouge" jetzt Tageszeitung 5
„Idiologische Offensive" der GRF-Führer 6
Breite Solidarität mit Bernd und Hubert 7
„Nieder mit Cunhal, dem neuen Salazar!" 8
Unterstützt den Befreiungskampf des Volkes von Oman 9
Erklärung der GRUNK: Woshingtons Sabotage muß verurteilt werden! 9
Besucht die Ausstellung der VR-China in Köln 10
Thomas Müntzer, ein Revolutionär des deutschen Volkes 10

Proteste gegen Inhaftierung von 18 GRF Genossen

D'K'P fordert Polizeieinsatz

Wie der ROTE MORGEN bereits berichtete, wurden am 9. Mai bei einer Kundgebung der GRF in Ostberlin gegen den sowjetischen Sozialimperialismus 18 Genossen der GRF festgenommen wegen „Diskriminierung staatlicher Organe der DDR und anderer sozialistischer Staaten". Außerdem nahm das sozialfaschistische Regime in der DDR diese Aktion nach unseren Informationen zum Anlaß, Hausdurchsuchungen in Ostberlin durchzuführen.

16 der inhaftierten GRF-Genossen sind inzwischen wieder frei, die übrigen zwei Genossen sollten am Sonntag freigelassen werden, waren jedoch bei Redaktionsschluß am Sonntagabend noch nicht wieder aus der Haft entlassen.

Während das DDR-Regime es noch nicht einmal für nötig hielt, wie in anderen Fällen von Verhaftungen von Westdeutschen in der DDR offizielle Stellen der Bundesrepublik davon zu benachrichtigen, während es einen Westberliner Anwalt als „unerwünscht" an der Grenze zurückwies und den Angehörigen der GRF-Genossen jede Auskunft verweigerte, besaßen die Sozialfaschisten der DDR gleichzeitig die Frechheit, eine „Protestnote" loszuschicken, in der sie gegen die Kundgebung von GRF-Genossen vor dem Gebäude der DDR-Vertretung in Bonn protestieren.

Tatkräftige Unterstützung erhalten die Vasallen Moskaus in der DDR von der D„K"P in Westdeutschland, die in der UZ vom 12. 5. gegen eine „krawallartige Zusammenrottung" in Bonn-Bad Godesberg hetzt und anklagend feststellt: „Die zahlreichen dort zusammengezogenen Polizisten griffen nicht ein . . ." **Es reicht den D„K"P-Revisionisten nicht, daß die Bundesregierung auch zwei Wochen nach der Verhaftung der 18 Revolutionäre kein Wort über ihre Freilassung an die Regierung der DDR verloren hat; es reicht ihnen nicht, daß die Bundesregierung stattdessen die ständige Vertretung der DDR mit starken Polizei- und BGS-Einheiten schützt.** Wenn es nach diesen Faschisten gegangen wäre, die sich, nur um die Arbeiterklasse zu täuschen, Kommunisten nennen, dann hätte man die Kundgebung zusammengeknüppelt, ihre Teilnehmer verhaften und verurteilen müssen. Ein kleiner Vorgeschmack dessen, was uns erwarten würde, sollten diese Sozialfaschisten tatsächlich einmal die Polizei und Justiz der Bundesrepublik gegen die Arbeiterklasse kommandieren dürfen.

Unsere Partei hat sich sofort mit den in der DDR inhaftierten Genossen der GRF solidarisch erklärt. In Betriebszeitungen und Flugblättern wurde gegen die Verhaftung der 18 Genossen protestiert und zum Kampf gegen den sowjetischen Sozialimperialismus aufgerufen, in Westberlin kam es zu verschiedenen gemeinsamen Aktionen zwischen der GRF und der Partei bzw. dem KSB/ML. Diese uneingeschränkte Solidarität mit den verhafteten Revolutionären bedeutete allerdings nicht, daß wir die Aktion so wie sie durchgeführt wurde, für richtig halten.

Nach den Kommentaren der GRF-Führer in der Roten Fahne Nr. 19 und 20 ist noch klarer geworden, daß bei der Aktion in Ostberlin bewußt 18 Genossen verheizt wurden, um in einer spektakulären Aktion berechtigtem Haß gegen das sozialfaschistische Regime und einer Welle von daran anschließenden Aktivitäten die Kritik in den eigenen Reihen abzuwürgen an dem ungeheuerlichen Gewaltakt, mit dem die GRF-Führer all ihre „Erkenntnisse" der letzten Jahre, Monate und Wochen über Bord warfen und sich als die einzig wahren Vorkämpfer gegen die Kriegsgefahr, die durch die beiden Supermächte droht, aufzubauen. (siehe dazu auch S. 6)

Die Quintessenz all ihrer Berichte anläßlich der Aktion vor dem Ehrenmal in Treptow ist, daß diese Kundgebung sozusagen der Fanfarenstoß war, der den Kampf gegen den Sozialimperialismus im Osten und im Westen Deutschlands überhaupt erst möglich macht. So schreiben sie in der Roten Fahne Nr. 20: „Diese Entwicklung hat innerhalb kurzer Zeit günstige Bedingungen hervorgerufen, die antiimperialistische Front in unserem Land auf neuer Grundlage zu schmieden – auf der Grundlage des unversöhnlichen Kampfes gegen den sowjetischen Sozialimperialismus." Diese „günstigen Bedingungen" wurden – glaubt man der Roten Fahne – einzig und allein durch die Aktion der GRF geschaffen. „Die SED-Revisionisten", heißt es in der RF Nr. 19, „die sich mit der sozialen Phrase zu tarnen versuchen, haben mit dieser Aktion eine Niederlage hinnehmen müssen. Verhaftung von Kommunisten und Antifaschisten! Das ist ihr Beitrag zum 30. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus. Die soziale Phrase fällt. Und was übrigbleibt, ist die offene Zurschaustellung der Unterdrückungsorgane der neuen Ausbeuterklasse in der DDR."

Diese „Siegesmeldung" der GRF-Führer läßt zwei mögliche Schlußfolgerungen zu: Entweder, es gab in der DDR vor dem 9. Mai 1975 keine Verfolgung von Kommunisten und Antifaschisten – worauf allerdings wohl nur Leute kommen können, die noch vor kurzer Zeit die DDR als sozialistisch bejubelten; oder aber es gibt in der DDR keine Kommunisten und Antifaschisten – außer sie werden von den GRF-Führern dorthingeschickt. Wer glaubt, so arrogant könne niemand sein, das anzunehmen, der sich Kommunist nennt, wird durch die Rote Fahne eines Besseren belehrt. In der Roten Fahne Nr. 19 heißt es: „Deshalb erachteten wir es auch als unsere Pflicht, in Berlin/DDR eine antifaschistische Kundgebung durchzuführen, um der Arbeiterklasse und allen fortschrittlichen Kräften in der DDR zu demonstrieren, daß gerade angesichts der Besatzungstruppen Breschnews die Lehren des antifaschistischen Kampfes gezogen werden müssen, das Vermächtnis des Genossen Stalin hochgehalten werden muß."

Auf solche „Lehrmeister des Kampfes gegen den Sozialimperialismus", die nicht nur die Arbeiterklasse in der DDR verachten, sondern auch den Kampf der fortschrittlichen und marxistisch-leninistischen Kräfte dort totsagen, weil er das Image ihrer Führer beflecken würde, kann die Arbeiterklasse im Osten wie im Westen Deutschlands allerdings verzichten. Noch dazu, wenn die einzigen „fortschrittlichen Kräfte der DDR", die unter den Bedingungen der faschistischen Gleichschaltung der Meinungsmedien überhaupt von dieser Kundgebung erfahren haben, die Vertreter von revisionistischen Parteidelegationen waren, wie die GRF-Führer in der Roten Fahne Nr. 19 selbst schreiben. Vertreter und Agenten des gleichen Sozialfaschismus, dem die GRF-Führer mit ihrer Aktion die „ideologische Offensive" und den „unversöhnlichen Kampf" angesagt haben.

Leitartikel der Pekinger "Volkszeitung"

5 Jahre Erklärung vom 20. Mai 1970

Zur Feier des 5. Jahrestages der Veröffentlichung der Erklärung des Vorsitzenden Mao vom 20. Mai bringt die „Volkszeitung" einen Leitartikel mit dem Titel: „Ein bedeutendes historisches Dokument". In dem Leitartikel heißt es:

„Am 20. Mai 1970 gab Vorsitzender Mao eine feierliche Erklärung ab, die den revolutionären Kampf gegen den Imperialismus, den die Völker Indochinas und der ganzen Welt führen, aufs wärmste unterstützt. Dies ist ein berühmtes historisches Dokument mit weitreichendem Einfluß. Das indochinesische Volk hat jetzt welterschütternde großartige Siege errungen, und die internationale Lage als Ganzes ist heute besser als je zuvor. Die Entwicklung der Lage in den vergangenen fünf Jahren hat uns die große Bedeutung der Erklärung von Vorsitzendem Mao tiefer verstehen lassen.



Kundgebung in Peking am 21. Mai 1970

1970, als die US-Aggressoren in Vietnam und Laos nicht siegen konnten, weiteten sie ihren Aggressionskrieg in Indochina brutal aus. Sie stifteten die Lon-Nol-Clique an, einen reaktionären Staatsstreich zu inszenieren, sandten Invasionstruppen nach Kambodscha und nahmen die Bombardierung Nordvietnams wieder auf, in der vergeblichen Hoffnung, das Volk der drei Länder in Indochina mit Gewalt unterwerfen zu können, während die andere Supermacht, getreu ihrem sozialimperialistischen, reaktionären Charakter, offen mit der verräterischen Lon-Nol-Clique paktierte und ihr Äußerstes tat, um den antiimperialistischen, revolutionären Kampf des Volkes in Indochina zu untergraben. Angesichts dieser Lage ergriff das kambodschanische Volk die Waffen und erhob sich zum Kampf; die Völker der drei indochinesischen Länder verstärkten ihre Einheit und harrten im Kampf aus. Der rohen Gewalt trotzend und keine Opfer scheuend, trugen sie einen entscheidenden Machtkampf mit dem US-Imperialismus und seinen Lakaien aus.

Fortsetzung auf Seite 5

NRW

Einspruch gegen die Landtagswahlen

Am 26. Mai hat der Landesvorstand der KPD/ML in NRW beim Landeswahlleiter in Düsseldorf offiziell die Landtagswahl vom 4. Mai 1975 angefochten. Mit diesem Schritt nutzt unsere Partei bestimmte bürgerlich-juristische Möglichkeiten im Kampf um die legale Existenz der KPD/ML.

Im Vordergrund der Anfechtung steht die Verweigerung der Ausstrahlung unserer Rundfunk-Wahlsendung durch den WDR und das entsprechende Urteil des Oberverwaltungsgerichtes (OVG) Münster. Wie der ROTE MORGEN bereits berichtete, läuft das Urteil des OVG Münster darauf hinaus, das Verbot unserer Partei vorwegzunehmen, das nach dem durch das Grundgesetz festgelegten Parteienprivileg nur das Bundesverfassungsgericht aussprechen kann. Darüber hinaus besagt dieses Urteil praktisch, die KPD/ML sei eigentlich keine politische Partei, weil sie den bürgerlichen Wahlschwindel bekämpft und für die sozialistische Revolution eintritt!

Die Anfechtung der Wahlen ist eines der Mittel, mit denen wir gegen diesen Angriff vorgehen und um die Erhaltung jedes Fußbreit Legalität für die KPD/ML kämpfen werden. Allerdings haben die Herren sich natürlich abgesichert. Die Wahl kann nur angefochten werden, wenn die dazu angeführten Gründe „die Sitzverteilung im Landtag beeinflussen". Dieses Gesetz, das 1951 zusammen mit dem berüchtigten „Blitzgesetz" gegen die damalige revolutionäre KPD erlassen wurde, läßt also eine systematische Wahlbehinderung gegen die KPD/ML sehr wohl mit dem Argument zu, die „Sitzverteilung" werde ja „nicht berührt".

Selbstverständlich werden also wegen unseres Einspruchs gegen die Gültigkeit der Wahlergebnisse keine Neuwahlen ausgeschrieben. Darüber haben wir auch keine Illusionen. Doch wir werden selbst die geringste Möglichkeit ausnutzen, um der Bourgeoisie ihr Vorhaben, unsere Partei unter Umgehung des Bundesverfassungsgerichtes zu verbieten, zu erschweren.

Kurz berichtet

DORTMUND

Am 24. Mai fand in Dortmund eine Veranstaltung der Roten Hilfe Deutschlands zu den Prozessen statt, die die bürgerliche Klassenjustiz gegen die Genossen führt, die am Roten Antikriegstag 1972 in München teilnahmen. Zu der Veranstaltung waren 150 Mitglieder, Freunde und Sympathisanten der Roten Hilfe Deutschlands gekommen. Auf der Veranstaltung sprach der Genosse Bernd Reisser, der vor kurzem wegen seiner Teilnahme am Roten Antikriegstag zusammen mit zwei anderen Genossen zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden war. Am 20. Mai sollte Genosse Bernd bereits die Gefängnisstrafe antreten, doch er wird nicht freiwillig die Strafe, die die Bourgeoisie gegen ihn wegen seiner kommunistischen Gesinnung verhängte, antreten. Für die Unterstützung der Genossen, die von der bürgerlichen Klassenjustiz wegen des Roten Antikriegstages vor Gericht gezerrt werden, wurden auf der Veranstaltung der Roten Hilfe Deutschlands 400 DM gesammelt.

BREMEN/OSTFRIESLAND

Über Pfingsten trafen sich 50 Rotgardisten, Genossen, Freunde, Sympathisanten und Kollegen aus Bremen und Ostfriesland zu einem Zeltlager am Jadebusen.

Verschiedene Gruppen bereiteten Beiträge für einen Kulturabend während des Lagers vor. Der Abend selbst stand im Zeichen des Sieges der Völker Vietnams und Kambodschas über den US-Imperialismus und des Kampfes für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland. Eine Gruppe hatte die Geschichte Vietnams und des heldenhaften vietnamesischen Volkes vorbereitet, eine andere Gruppe führte einen sehr gelungenen Sketch über die Spaltung der Nation und zur Rolle der Partei im Kampf für die Einheit der Nation auf. Außerdem schrieben die Teilnehmer einen Brief an die Genossen Peter und Hubert. Zur besonderen Freude der Genossen konnten sie am Pfingstsonntag in Radio Tirana einen Beitrag über den Artikel des Roten Morgen „Revisionisten schüren parlamentarische Illusionen" hören. Die Genossen schreiben:

„Das Zeltlager hat den Zusammenschluß der Roten Garde mit ihren Freunden, Kollegen und Sympathisanten sehr gefestigt. Wir werden die Kontakte aufrechterhalten und verstärken und durch unsere revolutionäre Kleinarbeit in Betrieb, Schule und Bundeswehr die Kollegen und Freunde ermutigen, mit uns den Weg zur sozialistischen Revolution zu gehen."

BERICHTIGUNG

Im RM Nr. 20 heißt es auf Seite 2 irrtümlich, daß 1931 die erste republikanische Republik in Spanien gegründet wurde. Das ist falsch. Die erste spanische Republik wurde 1873 gegründet und 1874 durch monarchistische Militärs wieder zerschlagen. 1931 wurde die zweite spanische Republik gegründet.

Im RM Nr. 19, S. 3 schrieben wir im Artikel „Betriebsratswahlen bei Mannesmann", daß die Partei als einzige zum Wahlboykott aufgerufen habe. Das ist nicht richtig. Auch die GRF, die zunächst versucht hatte, über eine Einheitsliste in den Betriebsrat zu kommen, nach dem Scheitern dieses Plans dann zwei Tage vor Listenabgabeschluß noch einen ebenso zum Scheitern verurteilten Versuch unternahm, noch eine eigene Liste aufzustellen, rief dann schließlich auch auf, ungültig zu stimmen.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06 – 466, Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Telefon: 0231 / 41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Gernot Schubert, Bochum. Druck: NAV GmbH, 1 Westberlin 36. Erscheinungsweise wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30,- DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich um ein Jahr, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Krise in der Stahlindustrie

Fortsetzung von Seite 1

Doch wie sieht die Wahrheit aus? **Lassen sich die Interessen der Arbeiterklasse mit denen der Kapitalisten auf einen Nenner bringen?** Nein! Die Kapitalistenklasse kennt nur ein Interesse, die Erzielung von Maximalprofiten. Aller Reichtum wird aber durch die Arbeit der Arbeiter geschaffen. Sie sind es, die den Stahl herstellen, die Autos, Maschinen, Häuser usw. schaffen. Sie arbeiten an den Maschinen, den Produktionsmitteln, die im Besitz der Kapitalistenklasse sind, an die die Arbeiter ihre Arbeitskraft für einen geringen Lohn verkaufen müssen. Durch Rationalisierung, durch Einführung neuer Maschinen, die die Arbeiter zwingen, in der gleichen Zeit mehr zu produzieren, verschärfen die Kapitalisten die Ausbeutung und erhöhen ihren Profit.

In der Zeitung der Stahlkapitalisten „Stahl und Eisen" heißt es: „Die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten im eisenschaffenden Bereich wurde 1974 wesentlich weniger erhöht als es der Produktionszunahme entsprochen hätte." Das heißt, was früher z.B. fünf Kollegen schafften, müssen heute vier machen.

Wenn z.B. 1973 in der Beize des Kaltwalzwerkes von Krupp pro Schicht ca. 800 Tonnen Stahl gefahren wurden, so erhöhte sich die Leistung im Jahre 1974 mit der gleichen Zahl von Kollegen auf 1 200 Tonnen. Nur der Preis der Arbeitskraft, unser Lohn, stieg nicht im gleichen Maße. Zwar bekamen wir Lohnerhöhungen. Sie wurden aber durch die Preissteigerungen wieder aufgefressen. Im Jahre 1971 beschäftigte die eisenschaffende Industrie und deren weiterverarbeitende Betriebe 365 386 Kollegen, 1974 waren es nur 344 861; die Produktion erhöhte sich jedoch im gleichen Zeitraum, so daß z.B. 1971 28 717 Tonnen Wahlstahlerzeugnisse hergestellt wurden und 1974 39 615 Tonnen.

Gerade jetzt in der Krise verschärfen die Kapitalisten die Ausbeutung noch mehr. Das zeigt sich täglich im Betrieb. Jede „einzusparende" Arbeitskraft wird entlassen, um im Konkurrenzkampf der Monopole zu gewinnen. Die Arbeitshetze wird teilweise so erhöht, daß die Unfälle sich häufen. Die entlassenen, arbeitslosen Kollegen sind gezwungen, ihre Familie von der Arbeitslosenunterstützung zu ernähren, die noch unter ihrem Lohn liegt. Auf Neuanschaffungen und oft sogar auf den Urlaub muß verzichtet werden, während auf der anderen Seite die Aktionäre z.B. bei Krupp Dividende von ca. 53 700 000 DM scheffeln. Mit diesen **Ausbeutern gibt es keine Versöhnung, sondern nur unversöhnlichen Kampf gegen sie. Die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse ist das Wesen des Kapitalismus, der gestürzt werden muß, um die Ausbeutung, Krise und Elend endgültig abzuschaffen.**

Gegen die ständig steigende Ausbeutung und besondere Verschärfung in der jetzigen Krise wächst der Haß und die Empörung der Kollegen. Bei Thyssen-Niederrhein gab es in der letzten Woche kleinere Warnstreiks. Bei Krupp in Bochum schmissen Kollegen dem Betriebsrat Lügenblätter vom DGB, in denen große Propaganda für den „wirtschaftlichen Aufschwung" und für den DGB gemacht wurde, vor die Tür des Betriebsratszimmers. Manche Kollegen meinen auch, es würde sich nicht lohnen, jetzt zu kämpfen, denn dann würde es ja doch nur schlimmer werden. Diese Auffassung ist falsch. Was war z.B., als die Gewerkschaftsbonzen den sogenannten „Stabilitätspakt" abschlossen und die Arbeiter zum Stillhalten gezwungen haben? Lohnraub, Kurzarbeit sind dennoch durchgeführt worden. Gerade der DGB-Apparat und die D„K"P sind es, die solche Auffassungen schüren und bewußt in die Arbeiterklasse tragen, um die Kollegen vom Kampf abzubringen. So hat z.B. der D„K"P-Vertrauensmann Lallermann bei Hoesch die Kollegen im Kaltwalzwerk über 30 Entlassungen am Hochofen informiert und ihnen gesagt, sie sollten sich man nicht beunruhigen, es sei ja alles nach dem Sozialplan geregelt.

Überall versuchen die Gewerkschaftsbonzen und die D„K"P den Arbeitern weiszumachen, die Kapitalisten seien vernünftig, man könne, wenn man wolle, sich mit ihnen einigen. Manchmal seien sie zwar etwas stur, aber dann müsse man halt ein bißchen Druck ausüben. Von dieser Linie sind die Theorien der Mitbestimmung, der Investitonskontrolle, des stabilitätsgerechten Verhaltens usw. getragen.

So hat der IGM-Apparat sich auch an die Spitze der Demonstration und des Streiks der Thyssenarbeiter in der letzten Woche gestellt. Mit scheinbar radikalen Parolen versuchen die IGM-Bonzen, ihr lädiertes Ansehen bei den Kollegen aufzupolieren, um dem Kampf von Anfang an die Entschlossenheit zu rauben und ihn auf den Weg der Zusammenarbeit mit den Kapitalisten zu führen. So forderten sie die Kapitalisten auf: „Setzen Sie sich für die Erhaltung der Arbeitsplätze ein." Die Interessen der Kapitalistenklasse und die der Arbeiterklasse lassen sich aber niemals versöhnen, sie sind 180° entgegengesetzt. Die Kapitalistenklasse kann nur existieren, indem sie die Arbeiterklasse ausbeutet und mit ihrem Staatsapparat und ihren Handlangern unterdrückt. So haben die Betriebsräte in den Stahlbetrieben, unter ihnen bekannte D„K"P-Revisionisten wie Rüpke bei Klöckner, Wetzel bei Hoesch, die Kurzarbeit und Entlassungen selbst mit ausgehandelt. Sie wußten immer zuerst Bescheid ohne die Kollegen überhaupt zu informieren.

Je mehr die Kollegen die Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze erkennen und den Kapitalismus in Frage stellen, und zum Sozialismus streben, kommt die Rolle der modernen Revisionisten zum Tragen, die sich den Arbeitern als kommunistische Partei anbieten, ihnen scheinbar den Ausweg aus der Misere aufzeigen, in Wirklichkeit aber die Aufgabe haben, die Herrschaft der Kapitalistenklasse über die Arbeiterklasse zu erhalten. Die modernen Revisionisten sind Agenten der Bourgeoisie in den Reihen der Arbeiterklasse. So versuchen sie auch mit ihrer Behauptung, Massenkaufkrafterhöhung werde die Krise überwinden, oder mit ihrem Preisstopgesetz, den Kollegen weiszumachen, die Krise, die Arbeitslosigkeit seien im Kapitalismus abzuschaffen. **Gegen diese Feinde der Arbeiterklasse müssen sich die Arbeiter auf revolutionärer Grundlage zusammenschließen und sie aus ihren Reihen vertreiben, um Erfolge im Kampf gegen Kurzarbeit, Entlassungen, Rationalisierungsmaßnahmen zu erringen. Abschaffen können wir Krisen und Arbeitslosigkeit im Kapitalismus aber nicht. Dazu müssen wir den Kapitalismus in der proletarischen Revolution unter Führung der KPD/ML zerschlagen und den Sozialismus aufbauen.**

Dynamit Nobel: Demonstration

Gegen Abschiebehaft und Massenentlassung

Am Samstag, den 24. 5. fand in Fürth eine Demonstration statt für die Freilassung der 28 türkischen Arbeiter, die wegen ihrer Teilnahme am Streik der türkischen Kollegen bei Dynamit Nobel verhaftet worden waren.

Auch nach Beendigung des Streiks von ca. 50 türkischen Arbeitern gegen die Entlassung von 19 Kollegen verschiedener Nationalität wurde die Hetze und der Terror gegen die türkischen Arbeiter in Fürth fortgesetzt. So wurde z. B. in der Nähe von Dynamit Nobel ein Ausländer angehalten und gefragt, ob er Türke sei. Als er erklärt, er sei Grieche, heißt es: „Dann können Sie weiterfahren." Mitte der Woche drangen vier Polizisten früh am Morgen in die Wohnung eines der verhafteten türkischen Kollegen ein, rissen seine Frau und die Kinder aus dem Schlaf und behaupteten, sie müßten hier nach einem weiteren „verdächtigen" Türken suchen.

Diese Hetze und diese Einschüchterungsversuche haben jedoch die türkischen Kollegen nicht vom Kampf abhalten können und auch nicht verhindert, daß sich viele Menschen mit ihnen solidarisch erklärten. Zur Demonstration am Samstag, die das Streikkomitee der türkischen Kollegen organisiert hatte, erschienen 250 Menschen. Die Demonstration zog am Gefängnis vorüber, wo eine kämpferische Kurzkundgebung abgehalten wurde. Als der Demonstrationszug anschließend durch die Arbeiterviertel zog, schlossen sich viele an, so daß bei der Schlußkundgebung rund 400 Demonstranten versammelt waren. Die Demonstration war von der Partei mit rund 100 Teilnehmern und von der GRF unterstützt worden. Auf einer anschließenden Veranstaltung wurden 360 DM zur Unterstützung der türkischen Kollegen gesammelt. Genossen der Partei hatten schon vorher auf einem Arbeitertreff 90 DM gespendet.

Die inhaftierten türkischen Kollegen wurden am Donnerstag letzter Woche von ihren Anwälten besucht. Ihre Stimmung war kämpferisch. Es besteht weiter die Gefahr, daß diese Kollegen abgeschoben werden, wo sie nach ihrer eigenen Ansicht mit Gefängnisstrafen zu rechnen hätten, weil die Polizei und die bürgerliche Presse es so hingestellt haben, als seien sie alle Kommunisten.

Es kommt jetzt darauf an, der Hetze der bürgerlichen Presse und den Spaltungsmanövern zwischen deutschen und ausländischen Kollegen im Betrieb entgegenzuarbeiten. Gerade von dieser geduldigen Kleinarbeit aber wollen die GRF-Führer nichts wissen. Sie sehen auch im Kampf der türkischen Kollegen in Fürth vor allem eine Gelegenheit, sich selbst in den Vordergrund zu schieben. Unter dem Vorwand, sie seien die einzigen, die hier Solidarität organisieren würden, meldeten sie entgegen den Plänen des Streikkomitees bereits für Mittwoch eine Demonstration an, die sie auch mit 50 Mann durchführten, forderten sie weiter, weil sie eben die führende Kraft der Solidarität seien, müßten sie bei der Demonstration am Samstag auch an der Spitze marschieren und versuchten den anderen Organisationen Auflagen zu machen. Diese Spaltungsversuche wurden aber von der Partei entlarvt und von ihr, aber auch von den türkischen Kollegen zurückgewiesen.

Sofortige Freilassung der türkischen Kollegen!

Kampf den Massenentlassungen bei Dynamit Nobel!

Allweiler - Radolfzell

Kollegen unterstützen Roten Betriebsrat

Die Pumpenfabrik Allweiler ist ein Betrieb mit 800 Beschäftigten in Radolfzell im Bodenseeraum. Bei den diesjährigen Betriebsratswahlen wurde auch in diesem Betrieb, wie in einigen anderen Mittelbetrieben, ein Roter Betriebsrat gewählt.

Der Genosse ist dort Lagerarbeiter und hat auf der IGM-Liste zu den Betriebsratswahlen kandidiert. In Gesprächen mit den Kollegen erklärte der Genosse, warum er kandidiert: um als Roter Betriebsrat für die Interessen der Kollegen einzutreten.

Eine Woche vor der Wahl war dann Betriebsversammlung. Der Betriebsratsvorsitzende begrüßte erst die Belegschaft und dann „ganz besonders herzlich die Herren Direktoren der Geschäftsleitung", die er dann auch noch alle einzeln beim Namen nannte, sogar einen, der „leider" nicht anwesend war. Die Geschäftsleitung durfte dann auch als erste reden.

Der Genosse nutzte die Belegschaftsversammlung, um sich den Kollegen vorzustellen. Er entlarvte die „vertrauensvolle Zusammenarbeit", wie sie sich gleich zu Beginn der Betriebsversammlung gezeigt hatte und ging dann darauf ein, daß der Betriebsratsvorsitzende bei seiner Lobrede auf das „fortschrittliche BVG" natürlich die wesentlichsten Paragrafen für die Arbeiter (Schweigepflicht, vertrauensvolle Zusammenarbeit, Betriebsfrieden wahren usw.) „vergessen" hatte zu erwähnen. Ein Betriebsrat, der wirklich die Interessen der Kollegen vertreten will, darf aber den reaktionären Charakter des BVG nicht verschweigen, er muß das BVG bekämpfen. Dabei, sagte der Genosse, kann seine Stärke nicht irgendein Gesetz sein, sondern nur die Solidarität seiner Kollegen.

Der Genosse ging dann auf die Lage im Betrieb ein: in zwei Abteilungen Kurzarbeit mit Einwilligung des Betriebsrats – in den anderen Überstunden bis zum geht-nicht-mehr; keine Urlaubsvertretungen, auch nicht bei Krankheit; keine Neueinstellungen für pensionierte Kollegen; kein Arbeitsvertrag für Lehrlinge nach Beendigung ihrer Lehrzeit. Das zeigt deutlich, daß die „vertrauensvolle Zusammenarbeit" den Kapitalisten alles und den Kollegen nichts bringt.

Eine Liste, die eine solche Zusammenarbeit propagiert, wie die IGM-Liste, kann man deshalb nicht unterstützen. Deshalb stellte auch der Genosse klar, daß er auf ihr nur deshalb kandidiert, weil eine Persönlichkeitswahl möglich ist und die Kollegen so die Möglichkeit haben, ihn als klassenkämpferischen Betriebsrat zu wählen.

Der Genosse blieb der einzige Betriebsratskandidat, der sich auf der Betriebsversammlung vorstellte. Obwohl er auch die anderen dazu aufforderte, wagte es keiner gleich ihm, seine Vorstellungen darzulegen und zur Praxis des alten Betriebsrats Stellung zu nehmen. Stattdessen begann der IGM-Funktionär von Singen gegen den Genossen zu hetzen. In wessen Interesse er das tat, merkten allerdings viele Kollegen, als er im gleichen Atemzug Loblieder auf den Direktor des Betriebes anstimmte.

Eine Woche später wurde der Genosse von den Kollegen unter 19 Kandidaten auf den 6. Platz und damit in den Betriebsrat gewählt.

Schon kurz darauf begannen Kapitalisten und IGM-Apparat, die Entlassung des Genossen einzuleiten. Der Genosse berichtet:

„Die Woche darauf wurde mir von meinen Vorgesetzten mitgeteilt, daß meine Leistungen nachlassen. Er hätte bisher nur noch keine Zeit gehabt, mir das mitzuteilen. Hätte es aber an sich schon vor drei bis vier Monaten tun wollen. Außerdem erhielt ich von „Kollegen" Rheinberger (IGM-Ortsfunktionär von Singen) die Aufforderung, ich solle ihm schriftlich mitteilen, in welcher Organisation ich mitarbeite. Dieses erneute Zusammenspiel zwischen Gewerkschaftsbonzen und Kapitalisten wurde von meinen Kollegen aufs schärfste verurteilt. Acht Mann drohten mit ihrem Austritt aus der IGM. Diese Kollegen gilt es für die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition in unserem Betrieb zu gewinnen."

Rheinstahl/Henschel

Sonderschichten für die Aufrüstung

Auf der letzten Betriebsversammlung bei Rheinstahl Henschel brüsteten sich die Kapitalisten damit, daß Rheinstahl schon jetzt der größte Rüstungskonzern der DBR ist. Verschiedene Radpanzer, der Flugabwehrpanzer „Roland", die erste „Marder"-Serie wurden bei Rheinstahl Henschel in Kassel gebaut. Die Kriegsproduktion läuft auf vollen Touren, so daß die Kollegen in der Sonderfertigung, wo die Panzer gebaut werden, sogar zusätzliche Schichten machen müssen. Während mit diesen Sonderschichten die Ausbeutung noch verschärft wird, wollen uns die Kapitalisten und ihre Handlanger im Betriebsrat die Kriegsproduktion schmackhaft machen, indem sie behaupten, dadurch würden unsere Arbeitsplätze gesichert.

Aber ist das wirklich so? Zum ersten ist es ja ein bekanntes Ziel der Rheinstahl-Konzernherren, ca. 9 000 Arbeitsplätze in den nächsten Jahren wegzurationalisieren. Da sind die Abteilungen der Sonderfertigung nicht ausgeschlossen. Zum zweiten ist es so, daß die Rüstungsindustrie einer der größten Inflationstreiber ist. Die Panzer, das gesamte Kriegsmaterial, das wir herstellen müssen, kostet Unsummen an Geld, das den Arbeitern ausgepreßt wird. Kanonenbau hat den Arbeitern noch nie Butter aufs Brot gebracht, sondern die schlechte Lage der Arbeiter noch verschärft und dazu geführt, daß es dann heißt: Kanonen statt Butter.

Diese Waffen sind auch keine Verteidigungswaffen, die uns angesichts der Bedrohung durch die beiden Supermächte und besonders durch den sowjetischen Sozialimperialismus vor einem Angriff schützen sollen. Diese Waffen sind Angriffswaffen, die den westdeutschen Imperialisten dazu dienen sollen, im Innern kommende Kämpfe der Arbeiterklasse niederzuschlagen und sich im Falle eines imperialistischen Krieges an diesem Krieg zu beteiligen. Die erhöhte Produktion dieser Waffen beweist erneut, daß das Gerede der Sozialimperialisten, der Regierung und der D„K"P von Entspannung und Friedenspolitik nichts als Lüge ist, daß im Gegenteil die Imperialisten aufrüsten und die Gefahr eines neuen Krieges größer wird.

Revisionistisches

CSSR-REVISIONISTEN SICHERN EINFLUSS DER KIRCHE

Die revisionistische tschechoslowakische Zeitschrift „Tribuna" veröffentlichte vor kurzem Angaben, die zeigen, in welchem Grad die neue Bourgeoisie in der CSSR die Kirche fördert, um mit ihrer Hilfe die Massen zu beeinflussen.

Allein in Böhmen und Mähren gibt es pro Distrikt 94 Kircheninstitutionen, kulturelle Einrichtungen dagegen existieren nur rund 30. Der bürgerlich-revisionistische Staat finanziert die Verbreitung der Religion und den Unterhalt der Kircheneinrichtungen. Bei einem Vergleich – so „Tribuna" – zeigt sich, daß die Zahl der kirchlichen Einrichtungen die der Kulturhäuser und Clubs bei weitem übertrifft. Letztere sind außerdem schlecht eingerichtet, planlos gebaut und für ihren Zweck ungeeignet. In 29 Distrikten in Böhmen und Mähren gibt es nur einen Kulturfunktionär mit Hochschulbildung, doch sechsmal soviel Priester mit dem gleichen Bildungsstand.

DEKADENTE KUNST WIRD GEFÖRDERT

In Moskau wurde in letzter Zeit eine Ausstellung mit modernistischen und religiösen Gemälden eröffnet. Sie ist die dritte Ausstellung dieser Art innerhalb einiger Monate. Dort sind die Werke von 185 dekadenten Malern aus verschiedenen Städten ausgestellt. Solche Ausstellungen der bürgerlichen dekadenten Kunst werden auch in anderen Republiken der Sowjetunion veranstaltet. Die polnischen Revisionisten übertreffen ihre Oberherren sogar noch. Wie die Nachrichtenagenturen berichten, wurde am 5. Mai in Krakau die 6. internationale Ausstellung der pornographischen Fotografie eröffnet. Die Eröffnung dieser Ausstellung mit ihren Medaillen und Prämien, um eine möglichst große Zahl von Teilnehmern anzulocken, wurde bereits vorher durch Rundfunk, Fernsehen und Presse der polnischen Revisionisten bekanngegeben.

In dieser Ausstellung sind 400 pornografische Fotos aus 45 verschiedenen Ländern, darunter auch der revisionistischen Länder, ausgestellt. Die Machthaber der revisionistischen Länder wollen die Förderung dieser dekadenten Kunst als „modern", „freiheitlich" usw. verkaufen. In Wirklichkeit fördern sie deshalb in diesen Ländern alles Dekadente, um die Aufmerksamkeit der Werktätigen vom Klassenkampf abzulenken und um sie auf den Weg der moralischen Entartung und Verlotterung zu treiben.

LOB FÜR D„K"P-FUNKTIONÄR

Bei den Betriebsratswahlen bei der Darmstädter Chemiefirma Merck gelang es dem Darmstädter D„K"P-Spitzenfunktionär Peter Knopf mit den meisten Stimmen zum freigestellten Betriebsrat gewählt zu werden. Die Ortsgruppe des „Kommunistischen" Bundes Westdeutschlands kommentierte das folgendermaßen:

„Jeder weiß, daß z.B. Peter Knopf im Betrieb sich gegen die Macht der Unternehmer ausspricht und es ablehnt, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Das hat ihm zu Recht die Stimmen eingebracht."

Deutlicher kann der „K"BW nicht zeigen, worauf es ihm in seiner Politik letztendlich ankommt: das Image der modernen Revisionisten aufzupolieren, diese Agentur der Kapitalisten in der Arbeiterbewegung als fortschrittliche Menschen zu verkaufen und so die Arbeiter in die Arme der D„K"P zu treiben.

Hamburger Lehrer entlassen

Brutaler Polizeieinsatz gegen empörte Schüler

Am 12. 5. 75 hielten Schüler des Gymnasiums Kaiser-Friedrich-Ufer in Hamburg in der Schule eine Protestkundgebung gegen die Entlassung eines Lehrers ab. Die Schulbürokratie hatte ihn von der Schule gewiesen, weil er in einer Klassenarbeit Fragen über die Aggression des US-Imperialismus in Vietnam und zum gerechten Kampf des vietnamesischen Volkes gestellt hatte. Ein Ausschluß aus der GEW war vorausgegangen. Als Herr Heide an diesem Tag wieder in die Schule kam, rief die Schulleitung die Polizei. Neun Mannschaftswagen kamen. Ca. 30 Polizisten stürmten die Schule. Um sich gegen die Polizei zu wehren, bauten die Schüler Barrikaden. Die Polizisten rissen die Tische weg und packten mit zwei, drei Mann einzelne Schüler, zogen sie an den Haaren über die Tische, schlugen ihnen mit dem Gummiknüppel ins Gesicht, auf den Kopf. Warfen sie zu Boden, traten sie in den Magen und in die Geschlechtsteile. Ein Schüler wollte aufstehen, um seinem neben ihm liegenden bewußtlosen Freund zu helfen. Daraufhin schrie ihn einer der Polizisten an: „Wenn du aufstehst, tret' ich dich tot!"



Der Schulleiter begrüßt die herbeigerufene Polizei, die dann in das Schulgebäude stürmt.

Dieser Terror der Polizei machte auch vor zufällig dort stehenden 11- bis 12jährigen Mädchen nicht halt. Mehrere Schüler erlitten Gehirnerschütterungen.

Die Empörung der Schüler über diesen Polizeiterror war sehr groß. Bereits bei dem Polizeieinsatz war es ihnen gelungen, zwei Polizeispitzeln ihre Photoapparate wegzunehmen. In den Tagen nach dem Polizeieinsatz antworteten sie mit einer spontanen Demonstration und einer Protestkundgebung vor der Schule. Auch bei dieser Protestkundgebung holte die Schulleitung die Polizei. Mehrere Flugblattverteiler wurden anschließend festgenommen.

Die ROTE GARDE in Hamburg griff in diesen Kampf mit mehreren Sondernummern der Hamburger Schülerzeitung „Rote Schulfront" ein. Hier und in Gesprächen mit den Schülern zeigte sie, daß dieser Terror kein Einzelfall, kein „Ausrutscher" ist, sondern das wahre Gesicht der angeblich so „freiheitlich-demokratischen Grundordnung". **Einige Schüler, die vorher den Rotgardisten nicht glauben wollten, wenn sie sagten, daß die Polizei allein im letzten Jahr 13 Menschen ermordet hat, darunter unseren Genossen Günter Routhier, sagten jetzt: „Ja, jetzt sehen wir es selber – Gestapo-Methoden!"**

Wenn die Polizei so brutal gegen Kinder und Jugendliche vorgeht, die nichts anderes wollen, als daß ihr Lehrer weiter unterrichten darf, wie wird der kapitalistische Staat dann erst reagieren, wenn die Werktätigen, junge und ältere, für die Abschaffung der bürgerlichen Klassenschule, für die Abschaffung des bürgerlichen Klassenstaates kämpfen? – Deshalb gibt es aber auch für die Werktätigen nicht verschiedene Wege zum Sozialismus. Es gibt nur einen, der zum Sieg führen kann: der Weg der bewaffneten Revolution.

Landesschulrat Neckel versucht diesen brutalen Polizeieinsatz in einem Brief an 3 000 Eltern zu „rechtfertigen": „Beamte, die ohne Schlagstock oder andere Waffen nichts anderes zu tun versuchen als ihre Pflicht." Die bürgerliche Presse steht Schulbürokratie und Polizei treu zur Seite.

Der Direktor holte die Polizei. Noch immer weigerte sich der Radikale, die Schule zu verlassen. Eine Gruppe von Polizeibeamten führte ihn gewaltsam ab. Dabei soll es nach Aussagen mehrerer Schüler auch zu Handgreiflichkeiten zwischen den Beamten und Schülern gekommen sein.

Dagegen Polizei und Schulbehörde übereinstimmend: „Gegen Schüler des Gymnasiums wurde keine Gewalt angewandt."

Ehefrau eines Klöckner Kollegen erzählt:

"Gestorben ist er für den Betrieb"

Liebe Genossen!

Auf meiner Arbeitsstelle lernte ich vor kurzem eine Putzfrau kennen. Sie erzählte mir, daß ihr Mann vor einigen Jahren bei Klöckner umgekommen ist. Was sie berichtete, habe ich aufgeschrieben.

Es ist ein heißer Sommertag. Der Kollege H., Lokführer bei Klöckner, muß zur Spätschicht. Noch ist er zu Hause, einem kleinen, selbstersparten, zum Teil selbstgebauten Haus. Er sagt zu seiner Frau: Ich kann die Hitze nicht ab; auf der Lok und beim Hochofen ist so ein Mief – da krieg' ich keine Luft. Er ruft den Schichtführer an und bittet ihn um die Erlaubnis, die drei Tage Urlaub, die er noch hat, jetzt nehmen zu dürfen. Doch die Bitte wird abgeschlagen; er fährt zur Arbeit.

Noch eine halbe Stunde bis Schichtende. Dem Kollegen H. ist schlecht. Kollegen gehen mit ihm zur Kaue und empfehlen ihm, sich hinzusetzen. Er will frische Luft, offene Fenster, einen Arzt. Doch die Kollegen sagen: Setz' dich mal hin; gleich geht's dir wieder gut. Ein Arzt ist doch nicht da. (Nur während der Frühschicht ist ein Arzt da – an diesem Tag war er überdies auf Urlaub). Dann lassen sie ihn in der Kaue allein. Als sie nach einer halben Stunde zurückkommen, sitzt er zusammengekauert am Spind und atmet schwer. Sofort werden die Sanis geholt. **Die kommen ohne Bahre an und fangen zunächst damit an, die Personalien festzustellen. Dann überprüfen sie, ob der Mann besoffen ist, bis sie ihn dann endlich ins Krankenhaus nach Gröpelingen schaffen.**

Bei Frau H. klingelt es. Arbeitskollegen stehen vor der Tür. Sie sagen: Dein Mann ist im Krankenhaus, aber der kommt wieder hoch. Sie fährt mit ihnen sofort nach Gröpelingen. Sie sucht den diensthabenden Arzt. Er bittet sie in sein Zimmer, stellt die Personalien fest und sagt: Ihr Mann ist tot!

Sie will ihn sehen, doch das geht nicht; er wurde bereits in die Pathologie geschafft. Sie will wissen, woran er gestorben ist, doch der Arzt kann es ihr nicht sagen. Sie wird vertröstet: die in der Pathologie werden es schon rausbekommen.

Wieder zu Hause, findet sie einen Zettel vor, den die Polizei gebracht hat: „ . . . beim Duschen Herzschlag erlitten". Doch Kollege H. duscht sich immer erst zu Hause.

Die Frau kann sich in den nächsten Tagen keine Ruhe gönnen, kann sich nicht schonen, um den Schmerz zu verkraften. Sie muß wissen, woran er gestorben ist. Davon hängt ab, ob sie eine Unfallrente erhält oder nicht. Sie wartet auf den Obduktionsbefund. Doch als er beerdigt wird, erfährt sie, daß ihr Mann nie obduziert wurde. Im Krankenhaus bekommt sie die Auskunft: Todesursache unbekannt!

Die Sozialhelferin bei Klöckner: „Die Kollegen haben doch ausgesagt, daß er an einem Herzschlag gestorben ist. Das war kein Unfall. Daß keine Obduktion gemacht wurde, ist nicht unsere Schuld."

Sie geht zur Arbeiterkammer. Von ihr erhält sie nach einiger Zeit einen Brief, in dem steht, daß es ihnen unheimlich leid tut – aber sie hätten nichts über die Todesursache rausbekommen können. Einen Prozeß hält man für aussichtslos. Die Berufsgenossenschaft macht sich weniger Mühe; für sie ist von vorneherein alles klar: Es war kein Unfall, also geht es uns nichts an. **Die Frau meint: Ob man 15 Jahre zur Schicht gegangen ist und dann tot umfällt oder eine vor den Kopp kriegt – das bleibt sich doch gleich: gestorben ist man für den Betrieb!**

Schließlich geht sie zu einem Rechtsanwaltsbüro. Dort meint man zu ihr: Gehen Sie doch mal zum Arzt, Sie sind ja völlig mit den Nerven runter. Sie müssen sich jetzt erst mal erholen. Rechtlich kann man nur gegen die Arbeitskollegen vorgehen wegen unterlassener Hilfeleistung.

An Erholung ist nicht zu denken; das Haus muß abgezahlt werden, 800 DM pro Monat. Fürs tägliche Leben braucht man auch Geld. Man will ja auch nicht in Lumpen rumlaufen. Was sie beim Putzen verdient, geht gerade für die monatliche Rate fürs Haus drauf. Die Klöckner-Werksrente von 41,90 DM reicht gerade für die Rechnung der Stadtwerke. 396 DM zahlt die Altersversicherung. Oft weiß sie nicht, wie sie über den Monat kommt. Auch über ihr Haus kann sie sich nur am Wochenende freuen: Morgens um 11 Uhr geht es mit Rad, Bus und Zug zur Arbeit und erst gegen Abend kommt sie zurück.

Die Frau entschuldigt sich, daß sie so unzusammenhängend spricht. „Ich rege mich immer so auf, wenn ich an das zurückdenke." Sie zeigt mir ein Foto von ihrem Mann. Er blickt stolz aus der Lok, die er führt. „Er war ein aufrechter Mann", sagt sie: „Immer pünktlich bei der Arbeit: was er anpackte, stimmte. Er sagte immer: Was man verspricht, muß man halten." In der Gewerkschaft sei er nicht gewesen; er habe sich über das Bonzenpack geärgert, das dort Regie führt.

Sie freut sich, daß die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS den Fall aufgreifen wird; sie macht sich nicht viel Hoffnungen, aber sie findet es gut, wenn die da oben merken, daß wir uns nicht alles gefallen lassen. Schließlich erzählt sie noch, daß sie selbst als Schülerin bei der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS war.

Vom Aufbau des Sozialismus

ERFOLGREICHER KAMPF GEGEN DIE URSACHEN DER SILIKOSE

Die Silikose ist die Krankheit der Bergleute, aber auch der Arbeiter in der Putzmittelindustrie und der Sandstrahlbläser. Auf der Grundlage einer Silikose entwickeln sich in ca. 50% der Erkrankungen chronische Bronchitis und in über 30% eine Tuberkulose. Die Silikose ist mit einem Anteil von 73% an den entschädigungspflichtigen Berufskrankheiten in der Bundesrepublik die bedeutendste Berufskrankheit. Von 100 000 Einwohnern starben 1967 in der Bundesrepublik im Durschschnitt 3 bis 4 an der Silikose.

Das sind die Tatsachen in einem technisch hochentwickelten kapitalistischen Industrieland, in dem die Arbeiter nur dazu da sind, um den Kapitalisten Profit zu schaffen, und die Gesundheit der Arbeiter den Kapitalisten und ihrem Staat deshalb gleichgültig ist.

In China, das sich selbst als Entwicklungsland bezeichnet, sehen die Verhältnisse dagegen völlig anders aus, denn hier hat sich die Arbeiterklasse in der bewaffneten Revolution die Macht im Staat erkämpft.

Sofort nach der Befreiung hat die Volksrepublik alle Anstrengungen unternommen, um die Silikose zu verhüten, indem sie Maßnahmen zur Verminderung der Konzentration von kieselsäurehaltigem Staub an den Arbeitsstellen ergriff. Jedes Jahr werden heute bedeutende Summen für den Ankauf von Geräten zur Kontrolle des Staubes in Bergwerken und Fabriken aufgebracht. Große Ventilatoren mit Feuchtigkeitszerstäubern werden jetzt in den Stollen eingesetzt und die Arbeiter, die sie bedienen, müssen Masken tragen, die aus mehreren Leinenschichten bestehen. Nach den Sprengungen saugen Zentrifugalventilatoren schnell Staub und Rauch ab. Am Eingang jedes Stollens befindet sich ein riesiger Wasservorhang, der sich automatisch abstellt, sobald sich ihm jemand nähert. Er „wäscht" die Luft, die ihn durchströmt. Die Wände werden oft abgespritzt, damit sich kein Staub absetzen kann.

Im Bergwerk in Hunan, wo die Staubdichte früher 0,2 bis 1,0 Gramm je 1 Kubikmeter Luft betragen hatte, wurde sie jetzt unter die minimal geduldeten 0,002 Gramm gesenkt. Seit 1956 wurde bei den neuen Arbeitern kein einziger Fall von Silikose festgestellt.

Um die Wirksamkeit der Verhütungsmaßnahmen zu sichern, wurden in Provinzen, wo viele Industriezweige angesiedelt sind, in denen kieselhaltiger Staub vorkommt, besondere Kontrolldienste eingerichtet. Bergwerke und Fabriken haben eigene Büros, die sich mit dieser Aufgabe befassen. Die Bergleute erfinden außerdem oft selbst Vorrichtungen, um sich gegen den gefährlichen Staub zu schützen.



Die Sorge für einen allgemein guten Gesundheitszustand ist eine weitere Maßnahme zur Vorbeugung gegen Silikose. Besondere Aufmerksamkeit wird den Bergleuten geschenkt, die unter Tage arbeiten, vor allem aber denen, die Preßlufthämmer bedienen. Wenn ein Arbeiter an einem Leiden erkrankt, das ihn für die Silikose anfälliger machen würde – wie Tuberkulose oder ein Herzleiden – so wird er sofort einer anderen Arbeit zugeteilt, bei der es weit und breit keinen Kieselsäurestaub gibt. Nach den gesetzlichen Bestimmungen muß jeder, der silikoseverdächtig ist, so wenig ausgeprägt auch seine Symptome sein mögen, sofort zu einer ungefährlicheren Arbeit eingeteilt werden, ohne daß sein Lohn deswegen verkürzt werden darf. Arbeiter, die sich bereits früher Silikose zugezogen haben, werden kostenlos behandelt, sei es in ihrem Heim, sei es in Sanatorien, die auf Silikosebehandlung spezialisiert sind. Wer nicht mehr fähig ist zu arbeiten, kann sich vorzeitig zur Ruhe setzen und bezieht dabei 90% bis 100% seines regulären Lohnes weiter.

Rede des Genossen Jacques Jurquet

"Willkommen in Frankreich, Genosse Deng Hsiao-ping!"

Anläßlich des Besuchs der chinesischen Delegation unter Führung des Genossen Deng Hsiao-ping in Frankreich hielt Genosse Jacques Jurquet eine Rede auf einer Veranstaltung, zu der „Humanité Rouge" aufgerufen hatte, aus der wir im folgenden Auszüge abdrucken.

„Morgen, am 12. Mai 1975, wird in unserem Land eine wichtige Delegation der Regierung und des Staates der Volksrepublik China, geführt vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Deng Hsiao-ping, zu einem offiziellen Besuch eintreffen.

Das ist ein bemerkenswertes Ereignis, das man im Zusammenhang mit der Geschichte und der aktuellen internationalen Lage sehen muß. (. . .) In unserer Eigenschaft als militante Kommunisten/Marxisten-Leninisten, die wir dem Marxismus-Leninismus treu sind, haben wir ohne Zweideutigkeit alle Ereignisse begrüßt, die dazu beigetragen haben, Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und Frankreich zu schaffen, zu konsolidieren und zu stärken.

Die gerechte und fruchtbare historische Bedeutung der offiziellen Beziehungen zwischen Frankreich und der Volksrepublik China begrüßen heißt nicht, die Politik der Ausbeutung und Unterdrükkung der Arbeiterklasse und der Volksmassen durch die kapitalistische französische Bourgeoisie anerkennen, die wir verurteilt haben und weiter verurteilen werden. (. . .)

Doch dieser gerechte Klassenkampf unter den spezifischen Bedingungen unseres Landes wird weder gehemmt, noch verändert oder behindert, wenn wir die historischen Bedingungen in Rechnung stellen, die die internationale Lage bestimmen und wenn wir unter diesem Gesichtspunkt die allgemeinen Interessen der weltweiten revolutionären Bewegung betrachten.

Ein konkretes Beispiel:

Wir haben konsequent gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik General de Gaulles gekämpft, denn wir meinten, daß sie im Gegensatz steht zu den Interessen der Arbeiter, doch haben wir unter verschiedenen positiven Initiativen seiner Regierung, wie zum Beispiel dem Austritt Frankreichs aus der Nato und seiner Weigerung, den verschleiernden Vertrag von Moskau zu unterzeichnen, die Initiative zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit China tatkräftig unterstützt.

Die Geschichte hat seit langem bewiesen, daß dieser internationale Akt der erste in einer langen Reihe war, die – vor allem dank der Anstrengungen des chinesischen Volkes selbst – dahin führte, daß die Volksrepublik China ihren legitimen Sitz in der UNO einnehmen konnte. Das zeigt – und das ist eine unleugbare Wahrheit –, daß die Existenz offizieller Beziehungen zwischen dem französischen und dem chinesischen Staat, was auch immer die wahren Motive auf Seiten der Kapitalisten sein mögen, die Entwicklung des gegenseitigen Kennenlernens und der freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem französischen und dem chinesischen Volk beträchtlich begünstigt hat.

Wir freuen uns darüber sehr, denn diese Freundschaft bedeutet über ihren besonderen Wert hinaus eine sehr beachtliche, konkrete Kraft hinsichtlich der heutigen internationalen Lage.

Heute können die Qualität und die Entwicklung der Beziehungen zwischen Frankreich und China einen wirkungsvollen Beitrag zur Festigung der nationalen Unabhängigkeit unseres Landes leisten.

• • •

Es war gerade der stellvertretende Ministerpräsident Deng Hsiao-ping gewesen, der im April 1974 auf einer außerordentlichen Vollversammlung der UNO das Wort ergriff und die marxistisch-leninistische Einschätzung des Vorsitzenden Mao, der Kommunistischen Partei Chinas und der Regierung der Volksrepublik China über die heutige Weltlage darlegte. (. . .) Wir brauchen heute diese Einschätzung nicht zu wiederholen, die wir seither als „Theorie der drei Welten" bezeichnet haben. (. . .) Denn der Besuch Deng Hsiao-pings ist eine praktische Konsequenz aus dieser Einschätzung. (. . .)

Heute befinden sich der amerikanische Imperialismus und der russische Sozialimperialismus auf einem hemmungslosen Kriegskurs, mit dem sie immer mehr die Niederlage der Ersten und die Schwierigkeiten und Ambitionen der Zweiten Welt herausfordern. Diese beiden Riesen verfügen über eine ansehnliche klassische und nukleare Bewaffnung, die sie fieberhaft steigern und vervollkommnen, während sie gleichzeitig versuchen, ihre Aktivitäten hinter ihrem Märchen von angeblicher Entspannung zu verstecken. In Wahrheit sind sie beide blutgieriger als Tiger, sie sind immer mehr den scharfen Schlägen der Länder, Nationen und Völker der Dritten Welt

Genosse Deng Hsiao-ping, Stellvertreter der Ministerpräsident der Volksrepublik China.

ausgesetzt, die sich ihrem Hegemonismus widersetzen. Haben wir nicht gerade gesehen, wie der amerikanische Tiger von den heroischen Völkern Kambodschas und Vietnams für immer aus Indochina vertrieben wurde? Aber die imperialistischen und sozialimperialistischen Tiger versuchen, ihr blutiges Fell, ihre drohenden Zähne und ihre aggressiven Klauen zu verbergen, indem sie sich als zarte und friedliche Lämmer hinstellen.

Diese Täuschung kann ihre wahre Natur und die Tatsache, daß sie in ihrer wilden Gier nach Vorherrschaft in Zukunft Europa zum Hauptschauplatz ihrer Rivalität machen, nicht verbergen. Insbesondere Westeuropa ist zum Schlüsselpunkt ihrer Rivalität, ihres wilden imperialistischen Streites geworden.

Es ist tatsächlich Europa, wo die Vereinigten Staaten und die UdSSR sich fieberhaft auf einen dritten Weltkrieg vorbereiten. Und wenn wir sagen, daß dieser Krieg ‚unmittelbar droht', und damit einen berühmten Ausspruch Lenins von 1912 aufgreifen, der ausgesprochen wurde zwei Jahre vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges, so verstehen wir darunter und wollen, daß es so verstanden wird, daß alle historischen Voraussetzungen für einen solchen Krieg heute in Europa zusammentreffen. Die Waffen sind bereits zur Stelle und der Kräftevergleich auf militärischem Gebiet fällt zugunsten des russischen Sozialimperialismus aus. Die UdSSR hat zwei Drittel ihres Aggressionspotentials gegen die westlichen Länder konzentriert und zwar sowohl auf dem Lande wie auf dem Meer und in der Luft. Darüber hinaus verfügen die Moskauer Führer, die die Oktoberrevolution von 1917 und den Sozialismus verleugnet und verraten haben, über wertvolle Unterstützung durch die Fünften Kolonnen, die in verschiedenen Ländern durch die revisionistischen Führer der falschen kommunistischen Parteien bereits am Platz und am Werk sind. (. . .) Und während diese Agenten sich bemühen, die Tauglichkeit des militärischen Widerstandes der westlichen Länder zu zerschlagen, organisieren ihre sozialfaschistischen russischen Herren die größten Seemanöver, die die Weltmeere je erlebt haben. Nach ihren eigenen Worten wird das Seemanöver ‚Ozean 75' 220 ultramoderne Kriegsschiffe mit nuklearer Bewaffnung einbeziehen und sich hauptsächlich im Norwegischen Meer, in der Nordsee, in der Ostsee, dem Atlantik und dem Mittelmeer abspielen, d.h. in den Meeren, die Europa umgeben und Westeuropa einkreisen.

Ihre Aggressivität und ihre militärischen Vorbereitungen zeigen sich überall.

Die französische Presse hat mit einer Vorsicht, die an Kapitulantentum und Komplizenschaft grenzt, gemeldet, daß ein Spähtrupp sowjetischer Migs das Tal der Rhone bis Lyon überflogen hat, wo französische Jäger sie zur Richtungsänderung zwangen. Das müde Dementi des Generalmajors der Luftwaffe ist nicht überzeugend. Darüber hinaus haben französische Marineflugzeuge ein sowjetisches Atom-U-Boot im Golf von Gascogne aufgespürt. Und endlich wurde die 17. Fallschirmspringerdivision, jener Armee, die nicht mehr rot, sondern nur noch weiß und russisch ist, eine Elite- und Stoßtruppe, mit ihren gesamten operativen Ausrüstungen vor kurzem nach Ostdeutschland verlegt. (. . .)

Wir Marxisten-Leninisten sagen klar, daß der russische Sozialimperialismus sich aktiv auf den Kampf zur Eroberung der strategischen Positionen der technologischen und wirtschaftlichen Reichtümer Westeuropas vorbereitet. (. . .) Deshalb handeln wir wie die chinesischen Kommunisten mit dem Ziel, alle Kräfte zu vereinigen, die vereinigt werden können gegen den Hegemonismus der beiden Supermächte, gegen ihre militärischen Machenschaften und vor allem gegen die handgreifliche und hauptsächliche Aggression des Sozialimperialismus in Europa.

Deshalb freuen wir uns sehr über die Initiative, die die Volksrepublik China vor kurzem ergriffen hat, um offizielle Beziehungen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft aufzunehmen, indem sie einen ständigen diplomatischen Vertreter zu diesem Organ entsandte. Diese Maßnahme ist eine konkrete Unterstützung Westeuropas, das vom Hegemonismus der beiden Supermächte bedroht wird. Sie ist eine Ermutigung zum Widerstand, sie ist im Sinne der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit der Länder Westeuropas.

Deshalb unterstützen wir auch mit aller Kraft die Errichtung einer weiten **Welteinheitsfront**, die die Länder und Völker der Dritten Welt und die Länder und Völker der Zweiten Welt gegen Imperialismus, Hegemonismus, Kolonialismus und Neokolonialismus im Kampf vereinigt. (. . .) Deshalb begrüßen wir ohne Vorbehalt das Treffen, das morgen zwischen der Regierungsdelegation der Volksrepublik China, die von Deng Hsiao-ping geführt wird und der französischen Regierung, auch wenn wir keinen einzigen ihrer Minister als wirklichen Vertreter der Arbeiterklasse und der Volksmassen anerkennen. Wir meinen, daß dieses Treffen ein wichtiger Beitrag ist zur unvermeidlichen Verwirklichung der **Welteinheitsfront** gegen die beiden Supermächte, wir meinen, daß es in bemerkenswerter Weise das notwendige Bündnis zwischen der Zweiten Welt und der Dritten Welt auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung und Gleichheit erfüllt . . ."

Genosse Jacques Jurquet ging dann darauf ein, daß die französischen Kommunisten/Marxisten-Leninisten in den Mitgliedern der chinesischen Delegation gleichzeitig die Kommunistische Partei Chinas mit Genossen Mao Tsetung an der Spitze grüßen und mit ihnen das heroische chinesische Volk. Genosse Jacques Jurquet schloß seine Rede mit dem begeistert aufgenommenen Aufruf:

Willkommen in Frankreich, Genosse Deng Hsiao-ping!

Leitartikel der Pekinger "Volkszeitung"

5 Jahre Erklärung vom 20. Mai 1970

Fortsetzung von Seite 2

In diesem kritischen Augenblick gab Vorsitzender Mao die Erklärung ab, die den Kampfgeist des kambodschanischen und der anderen indochinesischen Völker preist und zeigt, daß die Völker der drei indochinesischen Länder jede Schwierigkeit endgültig überwinden und den vollständigen Sieg erringen können. Genosse Mao sagt: „Wer eine gerechte Sache vertritt, der kann breite Unterstützung finden; wer eine ungerechte Sache vertritt, der kann nur geringe Unterstützung finden. Ein schwaches Land kann ein starkes Land besiegen, ein kleines Land kann eine Großmacht besiegen. Das Volk eines kleinen Landes kann, wenn es den Mut hat, sich zum Kampf zu erheben und zu den Waffen zu greifen und die Geschicke seines Landes in die Hand nimmt, bestimmt die Aggression einer Großmacht vereiteln. Das ist ein Gesetz der Geschichte."

Die ausgezeichnete These des Vorsitzenden Mao ist eine wissenschaftliche Zusammenfassung der Praxis des heutigen antiimperialistischen Kampfes, den die Völker der Welt führen. Die historische Entwicklung der vergangenen fünf Jahre hat diese großartige Wahrheit, die Vorsitzender Mao aufzeigte, mit unzähligen Tatsachen bestätigt. Heute fegt der Aufruhr des Kampfes der Völker der Welt gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus über den ganzen Erdball. Die Dritte Welt ist weiter erwacht und an Stärke gewachsen und wurde zur großen, vorwärtstreibenden Hauptkraft der Weltgeschichte. Gemeinsam kämpfend, haben die Völker verschiedener Länder den beiden Supermächten, den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, schwere Schläge versetzt. Insbesondere die indochinesischen Völker, die einen unerschrockenen revolutionären Geist entwickelten, haben die US-Imperialisten und ihre Lakaien grün und blau geschlagen. Das kambodschanische und südvietnamesische Volk haben die Aggressoren vollständig vertrieben, die Herrschaft der imperialistischen Lakaien zerschmettert und ihre eigenen Länder vollständig befreit. Das laotische Volk hat ebenfalls wichtige Siege im Kampf um die Vertreibung der Ultrareaktionäre und der US-Neokolonialisten errungen. Ganz Indochina hat den Frühling willkommen geheißen und ein neues Aussehen angenommen. Der glänzende Sieg der indochinesischen Völker hat den Völkern kleiner und schwacher Länder ein ausgezeichnetes Beispiel gegeben, wie die Aggression imperialistischer Mächte bekämpft und geschlagen werden kann.

Das Volk eines kleinen Landes kann die Aggression eines großen zurückschlagen, denn seine Sache ist gerecht und entspricht dem Lauf der historischen Entwicklung und den Interessen der breiten Volksmassen. Die militärische Überlegenheit der imperialistischen Aggressoren ist nur eine zeitweilige Erscheinung und ein Faktor, der nur kurze Zeit wirkt, während der Wille des Volkes ein Faktor ist, der ständig wirkt. Der Krieg gegen die Aggression, den ein kleines und schwaches Land führt, ist patriotisch und revolutionär und kann die breiten Massen aufrütteln, tapfer für die nationale Befreiung zu kämpfen.

Das Volk eines kleinen Landes kann die Aggression eines großen niederschlagen, denn es kann den Volkskrieg gegen den Aggressor entfachen, so daß der Feind im weiten Meer des Volkskrieges versinkt. Stark ist das Volk und das Volk ist die Mehrheit, während der Aggressor immer in der Minderheit bleibt, gleichgültig wie groß die Stärke der Truppen ist, die er in den Krieg wirft. Die Lakaien machen nur eine Handvoll aus. Die Volksstreitkräfte werden unweigerlich im Kampf gestählt werden, sie werden anwachsen, von etwas Kleinem zu etwas Großem, von etwas Schwachem zu etwas Starkem, sie werden die Initiative im Kampf ergreifen, bis der vollständige Sieg errungen ist.

Das Volk eines kleinen Landes kann die Aggression eines großen schlagen, denn seine gerechte Sache wird breite Unterstützung finden, während die Aggressoren und ihre ungerechte Sache nur geringe Unterstützung finden werden. Der Kampf der Völker in Asien, Afrika und Lateinamerika für nationale Befreiung und der revolutionäre Kampf der Völker der ganzen Welt unterstützen einander, sind miteinander verbunden und sind zu einer großen, machtvollen historischen Strömung geworden. Während die Supermächte, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, überall Aggression und Expansion verüben, stoßen sie auf den Widerstand der Völker zahlreicher Länder, einschließlich der Völker ihrer eigenen Länder. Auf diese Weise werden sie von den Völkern der ganzen Welt eingekreist und mehr und mehr isoliert, und werden schließlich in einem völligen Mißerfolg enden.

Das Volk eines kleinen Landes kann die Aggression eines großen schlagen, denn Imperialismus und Sozialimperialismus sind verrottet und reaktionäre Kräfte. Sie unterdrücken die Völker, trennen sich selbst vom Volk und geraten in unentrinnbare politische und wirtschaftliche Krisen. Sie sind völlig krank. Von den Völkern vieler Länder bekämpft, hat der US-Imperialismus eine schwere Niederlage erlitten. Der sowjetische Sozialimperialismus, der ehrgeizig ist und überall Aggressionen und Expansion ausübt, kann ebenso geschlagen werden.

Die feierliche Erklärung des Vorsitzenden Mao drückt den prinzipienfesten Standpunkt aus, den das chinesische Volk bei der Unterstützung der revolutionären Kämpfe einnimmt, die die Völker Indochinas und die Völker vieler Länder in der ganzen Welt führen. Was auch immer geschieht in der Welt, das chinesische Volk wird stets standhaft den Lehren des Vorsitzenden Mao folgen, es wird stets für die Völker der Dritten Welt und die Völker verschiedener Länder der ganzen Welt Partei ergreifen, mit ihnen kämpfen, und den Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus bis zum Ende führen."

l'HUMANITÉ rouge

Prolétaires de tous les Pays, Nations et Peuples opprimés, UNISSEZ-VOUS !

2 F — JOURNAL COMMUNISTE POUR L'APPLICATION EN FRANCE DU MARXISME-LENINISME ET DE LA PENSEE-MAOTSETOUNG — JEUDI 19 DEC 1974 — 6e ANNEE N° 250

Le QUOTIDIEN

UN COMBAT DE CLASSE!

Notre camarade Jacques JURQUET reçu par Enver HOXHA

Die Ausgabe der „l' Humanite rouge" vom 19. 12. 1974

L'Humanité Rouge -jetzt Tageszeitung

Vor einem halben Jahr, am 19. 12. 74, erschien in l'Humanité Rouge der Aufruf, für das Erscheinen einer marxistisch-leninistischen Tageszeitung zu kämpfen. Jetzt, im Mai, erschien die erste Nummer der Tageszeitung l'Humanité Rouge. Sie erscheint zunächst vierseitig, mit einer wöchentlichen Beilage zu speziellen Themen. Das nächste Ziel unserer Genossen ist, die Tageszeitung täglich mit 8 Seiten herauszubringen.

Über dieses Erscheinen der z.Z. einzigen marxistisch-leninistischen Tageszeitung in einem kapitalistischen Land in Westeuropa freuen sich gemeinsam mit den französischen Genossen alle Marxisten-Leninisten und fortschrittlichen Menschen. Wir beglückwünschen unsere französischen Genossen zur Herausgabe der Tageszeitung l'Humanité Rouge und wünschen ihr viel Erfolg.

GRF -Führer: 'Ideologische Offensive' statt Selbstkritik

Die Tatsachen sind hartnäckig

Es ist offensichtlich, daß die GRF-Führer besonders nach der gemeinsamen Erklärung mit unserer Partei zum 1. Mai gegenüber ihren Mitgliedern in arge Bedrängnis geraten sind. Viele Mitglieder und Sympathisanten der Gruppe Rote Fahne (GRF), die sich selbst anmaßend als „KPD" bezeichnet, stellen die berechtigte Frage, wieso die GRF-Führer heute plötzlich Positionen vertreten, derentwegen sie die KPD/ML jahrelang bekämpft haben. In diesem Dilemma sind die GRF-Führer anscheinend entschlossen, die Flucht nach vorn anzutreten. Sie erklären, ihre Organisation und unsere Partei hätten beide gleichermaßen „Korrekturen" ihrer politischen Linie in der Frage des Kampfes gegen die beiden Supermächte vornehmen müssen, um dann festzustellen: „Unsere Partei hat in dieser Frage erfolgreich die ideologische Offensive begonnen" (RF 20/75). So großsprecherisch wollen die GRF-Führer vergessen machen, daß sie erst nach jahrelangem harten ideologischen Kampf, insbesondere auch durch die Kieler Rede unseres Parteivorsitzenden Ernst Aust, gezwungen werden konnten, die Einschätzung der internationalen Lage durch die marxistisch-leninistische Weltbewegung, vor allem die Kommunistische Partei Chinas, zumindest in wesentlichen Punkten anzuerkennen.

Gerade weil es die allzu offenkundige Absicht der GRF-Führer ist, mit dieser neuen „ideologischen Offensive" von ihrem Kampf gegen die Generallinie der marxistisch-leninistischen Weltbewegung abzulenken, wollen wir gleich zu Beginn ihrem Gedächtnis ein wenig auf die Sprünge helfen und auf einige „ideologische Offensiven" hinweisen, die die GRF-Führer in der Vergangenheit gegen unsere Partei gestartet haben. So hieß es in der „Roten Fahne" Nr. 42/1973: „Wir haben in der Vergangenheit mehrfach national-bürgerliche Regierungen wie die ägyptische und lybische angegriffen. Aber nicht, weil wir – wie hirnlose Schwätzer (siehe „Roter Morgen" Nr. 39) uns vorwerfen – den nationalen Befreiungskampf geringschätzen, sondern gerade weil wir die Politik dieser Regierungen an den Erfordernissen des konsequenten antiimperialistischen Kampfes messen." Und in der gleichen Ausgabe der „Roten Fahne" heißt es an anderer Stelle: „Eine Linie, die diese zeitweiligen beschränkten Bündnisse (gegen Imperialismus und Sozialimperialismus – RM) zum Kernpunkt des antiimperialistischen Kampfes machen will, wie der ‚Rote Morgen', hat nichts verstanden."

Dieses Beispiel, dem sich natürlich noch viele hinzufügen ließen, sollte ausreichen, um vielleicht sogar den GRF-Führern verständlich zu machen, daß der ideologische Kampf in dieser Frage nicht vor einigen Wochen begonnen hat.

Bereits die Gründungserklärung unserer Partei vom 31. 12. 1968 beginnt mit der Feststellung: „Das internationale Proletariat und die internationalen revolutionären Kräfte stehen heute im Kampf gegen zwei Hauptfeinde: den US-Imperialismus und den Sowjetrevisionismus. Beide haben die Welt zur Unterdrückung und Ausbeutung in Einflußsphären untereinander aufgeteilt. Zur Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeit der Völker bedienen sie sich rücksichtslos ihrer gewaltigen Militärapparate. Die einen reden von ‚Freiheit' und ‚Demokratie', die anderen mißbrauchen das Wort ‚Sozialismus' zur Tarnung ihrer imperialistischen Ziele." **Auf dieser Grundlage hat die KPD/ML seit ihrer Gründung den Kampf gegen die beiden Supermächte geführt, so der antiimperialistischen Bewegung in unserem Land den Weg gewiesen und einen Beitrag zur Unterstützung der weltweiten Front gegen die beiden Supermächte geleistet. Die GRF-Führer haben dagegen mit ihrem Kampf gegen diese korrekte Linie die antiimperialistische Bewegung in unserem Land desorientiert und die weltweite Front gegen die beiden Supermächte geschwächt.**

Die 'Selbstkritik' der GRF -Führer - ein Täuschungsmanöver

Die von Christian Semler in Köln vorgetragene „Selbstkritik" deckt in keiner Weise die Auswirkungen und Hintergründe dieser konterrevolutionären Politik auf, sondern beweihräuchert sie auch noch, indem die GRF-Führer sich bescheinigen, daß sie aus „großer Sorge" gehandelt haben. Gerade diese von den GRF-Führern immer wieder angeführte sogenannte „Selbstkritik" macht vielmehr deutlich, daß es ihnen nicht wirklich um Selbstkritik geht, sondern nur darum, irgendwie ihren Kopf aus der Schlinge zu ziehen, nachdem der konterrevolutionäre Charakter ihrer Politik weitgehend bloßgelegt worden war. So behauptet Christian Semler in seiner Kölner Rede: „Unser 1. Parteitag hat festgelegt, daß wir Widersprüche mittlerer imperialistischer Mächte zu den Supermächten propagandistisch ausnutzen und praktisch vom proletarischen Klassenstandpunkt aus vorantreiben" (RF 9/75). **Das ist ein reiner Bluff, mit dem die GRF-Führer das Ausmaß ihrer „Fehler" vertuschen wollen. In Wirklichkeit taucht in keinem Dokument des 1. Parteitages der GRF der Begriff Supermächte überhaupt auf.** Im Programm, im Aktionsprogramm und in der politischen Resolution ist stets nur von „imperialistischen Hauptmächten" die Rede. Diesen Begriff haben die GRF-Führer 1974 eingeführt, nachdem sie die Theorie der zwei Supermächte nicht mehr länger offen als „unmaterialistische Einschätzung der chinesischen Genossen" (vgl. 4. Parteikonferenz der GRF) bekämpfen konnten. Mit der Ablehnung des Begriffs Supermächte und seine Ersetzung durch den Begriff „imperialistische Hauptmächte" wollten die GRF-Führer aber nach wie vor ausdrücken, daß sie eben im Gegensatz zur marxistisch-leninistischen Weltbewegung an der „leninschen Imperialismusanalyse" festhielten. So ist auch die Behauptung der GRF-Führer, sie hätten in diesen Fragen eine offene Selbstkritik geleistet, in Wirklichkeit ein reines Täuschungsmanöver.

Es lohnt sich, noch kurz auf die Einschätzung des sowjetischen Sozialimperialismus durch die GRF-Führer einzugehen. Zur Gründungszeit der GRF war die Sowjetunion für die GRF-Führer die führende Macht des „sozialistischen Lagers" mit kapitalistischen Überresten, dann wurde sie zum „sozialistischen Land" mit revisionistischer Führung, in der Programmatischen Erklärung von 1971 wird sie als „Sozialimperialismus neuen Typs" und als „Hauptstütze des US-Imperialismus" bezeichnet, um von ihrem aggressiven, imperialistischen Charakter und ihrem Streben nach Weltherrschaft abzulenken. Auch im Programm der GRF steht mitnichten, daß von der Rivalität des Sozialimperialismus mit dem US-Imperialismus die Hauptkriegsgefahr für alle Völker der Welt ausgeht. Vielmehr wird lediglich eingeräumt: „In großen Teilen Europas und Asiens steht ihre (Sowjetunion – RM) Militärmaschine zum Angriff bereit." (S. 17). Diese Leute, die jahrelang gegen eine konsequente Entlarvung des Sozialimperialismus gekämpft haben, schreiben jetzt plötzlich in der „Roten Fahne" Nr. 20/75: „Diese Entwicklung (gemeint ist ihre Aktion in Ostberlin – RM) hat innerhalb kurzer Zeit günstige Bedingungen hervorgerufen, die antiimperialistische Front in unserem Land auf neuer Grundlage zu schmieden – auf der Grundlage des unversöhnlichen Kampfes gegen den sowjetischen Sozialimperialismus." Dabei wissen die GRF-Führer sehr wohl, daß unsere Partei von Anfang an ohne jede Schwenkung die antiimperialistische Bewegung im Geiste des „unversöhnlichen Kampfes" gegen den sowjetischen Sozialimperialismus geführt hat und daß wir deshalb von ihnen oft genug angegriffen wurden. **So stellen die GRF-Führer in der „Roten Fahne" 24/71, als laut Semlers Kölner Rede die Fehleinschätzung des Sozialimperialismus längst überwunden war, offensichtlich voller Abscheu fest: „Die KPD/ML ist der Auffassung, daß die Sowjetunion heute ein Staat vom Typus des Hitlerschen ist"!**

Die GRF-Führer werfen unserer Partei vor, sie habe eine sogenannte „Revanchismus-Linie" verfolgt. Es stimmt, daß unter dem Einfluß der später aus der Partei gesäuberten rechtsopportunistischen Fraktion im ZK die Aggressivität des westdeutschen Imperialismus überbewertet wurde, daß nicht gesehen wurde, daß der westdeutsche Imperialismus nicht in der Lage war, seine revanchistischen Ziele durch einen imperialistischen Raubkrieg zu realisieren. Es stimmt auch, daß dieser Fehler im ersten Programmentwurf unserer Partei enthalten ist, der eben u.a. deshalb nie veröffentlicht und von der Partei zurückgewiesen wurde. Zu keiner Zeit aber hat dieser Fehler dazu geführt, daß unsere Partei die Notwendigkeit des Zusammenschlusses gegen die beiden Supermächte nicht propagiert oder gar wie die GRF-Führer bekämpft hätte.

Es kennzeichnet die „Ehrlichkeit" der GRF-Führer, daß sie unserer Partei eine sogenannte „Revanchismus-Linie" vorwerfen, aber über ihre verschiedenen Einschätzungen des westdeutschen Imperialismus den Mantel gnädigen Schweigens ausbreiten. So heißt es in der „Roten Fahne" 10/70: „Die Repräsentanten der Schwerindustrie, die CDU und die CSU, verfolgten bislang eindeutig die Politik der militärischen Wiedereroberung der osteuropäischen Länder. Die andere Fraktion des westdeutschen Kapitals, vertreten durch die SPD, hält dies für Abenteurertum und illusorisch." **Das ist offene Übernahme der revisionistischen Rechtskartell-Theorie, zumal zu dieser Zeit die DDR von den GRF-Führern noch als sozialistisch bezeichnet wurde.** Später änderten die GRF-Führer ihre Ansicht über den westdeutschen Imperialismus dahingehend, daß sie behaupteten, er sei strategisch (!) friedlich, was ebenfalls durch und durch revisionistisch ist: „Die Strategie des westdeutschen Monopolkapitals gegenüber den revisionistisch beherrschten Ländern Osteuropas besteht nicht in militärischer Aggression, sondern in sprunghafter Verstärkung des Waren- und Kapitalexports, in der imperialistischen Ausnutzung der Restauration des Kapitalismus in diesen Ländern" (RF 38/72). Wenn die GRF-Führer es für nötig halten, interne Materialien unserer Partei zur Begründung einer angeblichen „Revanchismus-Linie" heranzuziehen, hätten sie ja wohl auch ein Wort der Selbstkritik über ihre eigenen offen revisionistischen Theorien verlieren können.

GRF -Führer stellen Lenin auf den Kopf

Gerade die Leninsche Feststellung „Imperialismus bedeutet Krieg" wurde von den GRF-Führern immer wieder angegriffen. So verkündeten sie in der „Roten Fahne' Nr. 44/1972 offen die Theorie des Patts zwischen den beiden Supermächten: „Während der US-Imperialismus nicht mehr stark genug ist, die Weltherrschaft zu behaupten, und der sowjetische Sozialimperialismus noch zu schwach ist, eine Hegemonie auszuüben . . haben sie sich auf einen vorübergehenden Waffenstillstand geeinigt." In der „Roten Fahne" Nr. 23/1973 untermauern sie diese „Theorie des Patts' im Geiste Kautskys und Chruschtschows mit folgenden grundlegenden Ausführungen: „Die Konkurrenz führt in der heutigen Situation nicht zum militärischen Kräftemessen, weil die Imperialisten wissen, daß das imperialistische System als ganzes bedroht ist durch den Kampf der Völker, und daß eine Neuaufteilung der Welt durch Kriege das imperialistische Weltsystem an den Rand seines Untergangs brächte.' Wenn man diese Ausführungen vom Imperialismus, in dem imperialistische Kriege angeblich nicht mehr möglich sind, liest, wird klar, daß es kein Zufall ist, daß die GRF-Führer trotz der Kritik seitens unserer Partei das Gesetz von der ungleichmäßigen Entwicklung des Imperialismus nicht in ihr Programm aufgenommen haben.

Die Tatsache, daß die imperialistischen Mächte sich ungleichmäßig schnell entwickeln, begründet die Notwendigkeit des imperialistischen Krieges. In der „Roten Fahne" Nr. 17/75 kommen die GRF-Führer plötzlich auf das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung zu sprechen: „Doch prinzipiell schloß Lenin auch damals seitens eines kapitalistischen Staates nicht die Möglichkeit eines ‚gerechten Krieges' aus. Denn Lenin stellte fest: ‚Die Entwicklung des Kapitalismus geht höchst ungleichmäßig in den verschiedenen Ländern vor sich. Das kann nicht anders sein bei der Warenproduktion.' " **Die GRF-Führer stellen hier Lenin auf den Kopf. Lenin folgerte aus dem Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung die Notwendigkeit imperialistischer Kriege als Kampf der imperialistischen Mächte um die Neuaufteilung der Welt. Die GRF-Führer aber folgern im Gegensatz zu Lenin daraus die Möglichkeit gerechter Verteidigungskriege seitens imperialistischer Staaten. Nach diesem Schema stellt dann der imperialistische Staat, der angegriffen wird, die gerechte Seite dar.**

Diese Verfälschung Lenins dient den GRF-Führern dazu, Verwirrung über den Charakter des drohenden Krieges und die daraus resultierenden Kampfaufgaben der Arbeiterklasse und ihrer Kommunistischen Partei zu stiften. Es besteht die Gefahr eines Weltkrieges, der in seinem Wesen ein imperialistischer Krieg der beiden Supermächte um die Weltherrschaft wäre. In diesem Krieg gäbe es keine gerechte Seite. Wir müssen den Ausbruch dieses Krieges bekämpfen, indem wir die Einheitsfront gegen die beiden Hauptkriegstreiber, die beiden Supermächte, schmieden. Im Weltmaßstab sind die Völker der 3. Welt die Hauptkraft dieser Einheitsfront, während das internationale Proletariat mit seinen marxistisch-leninistischen Parteien an der Spitze ihr führender Kern ist. Für den Fall des Ausbruchs des Krieges muß das Proletariat dem reaktionären imperialistischen Krieg den revolutionären Krieg entgegensetzen, wie es Genosse Ernst Aust in seiner Rede „Kampf der wachsenden Kriegsgefahr! Für die Einheit und Solidarität der europäischen Völker" gesagt hat: **„Jeder Krieg zwischen den zwei Supermächten, sollte er ausbrechen und die Bundesrepublik in ihn hineingezogen werden, wäre für uns deutsche Werktätige von Anfang an ein antifaschistischer, antiimperialistischer Befreiungskampf, in dem wir uns mit jedem verbünden, der bereit ist, mit uns gemeinsam jeden Angreifer, jeden Besatzer vom Boden unserer Heimat zu verjagen, den wir führen mit dem Ziel, jeden Imperialismus, auch den westdeutschen, zu zerschlagen und das Banner der sozialistischen Revolution über ganz Deutschland zu hissen!"** (S. 18) Bei der Lösung dieser Kampfaufgaben müssen wir berücksichtigen, daß der westdeutsche Imperialismus als Staat der 2. Welt ebenfalls der Kontrolle und den Hegemoniebestrebungen der beiden Supermächte ausgesetzt ist. Unsere Politik muß der Tatsache Rechnung tragen, daß es unter Ausnutzung der Widersprüche des westdeutschen Imperialismus zur 1. Welt möglich ist, ihn von den Supermächten zu isolieren.

Gegenwärtig sind allerdings innerhalb der Politik des westdeutschen Imperialismus die Momente der Unterordnung unter die beiden Supermächte und der Kollaboration mit ihnen weitaus stärker als die des Strebens nach Unabhängigkeit und des Zusammenschlusses mit der 3. Welt. Von daher müssen wir alles vermeiden, was geeignet ist, Illusionen über den westdeutschen Imperialismus zu wecken. Wir müssen vielmehr unser Augenmerk darauf richten, die Arbeiterklasse dazu zu erziehen, daß sie die Führung der Nation übernehmen muß, daß sie auch innerhalb der Einheitsfront gegen die beiden Supermächte nie ihr Ziel aus den Augen verlieren darf, den Imperialismus überhaupt, auch den westdeutschen, zu stürzen, um ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland der Diktatur des Proletariats zu erkämpfen. Wir müssen, wie Genosse Ernst Aust betonte, vom Standpunkt der Revolution aus urteilen.

Genau das wollen die GRF-Führer offensichtlich nicht. Sie lamentieren in der „Roten Fahne", unsere Partei würde die Rolle der 2. Welt leugnen, keinen Unterschied zwischen den beiden Supermächten und den imperialistischen Staaten der 2. Welt machen usw. Jeder kann sich anhand der Rede des Genossen Ernst Aust, aber auch anhand des betreffenden Artikels im letzten ROTEN MORGEN davon überzeugen, daß das bewußte Lügen sind. Wir wenden uns allerdings dagegen, daß man wie die GRF-Führer den imperialistischen Charakter des drohenden Krieges verwischt, indem man einen Überfall des Sozialimperialismus auf Westdeutschland ohne Eingreifen des US-Imperialismus als wahrscheinlichste Form des Kriegsausbruchs angibt und den westdeutschen Imperialismus zur „gerechten Seite" erklärt. Nach dieser „Orientierung" der GRF-Führer läge die Führung der Nation bei der westdeutschen Monopolbourgeoisie. Das heißt allerdings nicht, vom Standpunkt der proletarischen Weltrevolution aus zu urteilen, sondern läuft darauf hinaus, die Interessen der Arbeiterklasse denen der Monopolbourgeoisie unterzuordnen. Obwohl die GRF-Führer an einigen Stellen beteuern, der nationale Kampf sei mit dem Kampf für den Sozialismus untrennbar verbunden, wird bereits deutlich, daß sie genau davon ablenken wollen. Statt die Arbeiterklasse in dem Sinn zu erziehen, daß entweder die Revolution den Krieg verhindern oder der Krieg die Revolution hervorrufen wird, jubeln sie in der „Roten Fahne" 20/75: „Das Kampfprogramm gegen die Weltherrschaftspläne der beiden Supermächte bietet der Arbeiterklasse neue Möglichkeiten des demokratischen Kampfes auf breiter Grundlage."

Wir möchten abschließend noch einmal betonen, daß wir es begrüßen, wenn die GRF-Führer neuerdings in wesentlichen Punkten die Generallinie der marxistisch-leninistischen Weltbewegung anerkennen. Wir werden es aber nicht zulassen, daß die notwendige Einheitsfront gegen die beiden Supermächte dadurch sabotiert wird, daß sie als Vorwand mißbraucht wird, um in Wirklichkeit eine Politik der Versöhnung mit der Monopolbourgeoisie und der Aufgabe der proletarischen Revolution zu betreiben.

– Anzeige –

PEKING RUNDSCHAU

PEKING RUNDSCHAU ist eine politische Wochenschrift über China und Weltangelegenheiten.

Sie enthält:

* Berichte über Chinas sozialistische Revolution und sozialistischen Aufbau
* Chinas Ansichten in internationalen Fragen
* Theoretische Artikel
* Wichtige Erklärungen und Dokumente

PEKING RUNDSCHAU 18

Die Feiern zum 1. Mai, dem Internationalen Tag der Arbeit

Gemeinsames Kommuniqué

Ein großer Sieg von weltweiter Bedeutung

	Einzelh.	1 Jahr	2 Jahre	3 Jahre
DM	0,40	12,00	18,00	24,00

Bestellungen an

GESELLSCHAFT FÜR DIE VERBREITUNG DES WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS
2000 Hamburg 11, Postfach 11 16 49
Postscheck Hmb 1935 72-207
Telefon: 040/4 10 17 36

RAF Prozeß in Stammheim

Im Namen des Volkes?

Fortsetzung von Seite 1

DBR gerechtfertigt. In einer wochenlangen unglaublichen Hetze von Presse, Funk und Fernsehen wird so getan, als sei die Bevölkerung von Bombenterror, Giftgasanschlägen bedroht. Dazu ging die Bourgeoisie so weit, selbst Bombenanschläge zu inszenieren, wie auf dem Bremer Hauptbahnhof oder Bombendrohungen in Fußballstadien auszusprechen. So nutzte sie auch den angeblichen Diebstahl von Giftgasbehältern der Bundeswehr aus, um die Bevölkerung vor einem möglichen Giftgasanschlag durch „Terroristen" in Angst und Schrecken zu versetzen. Wie sich herausstellte, sind diese Giftgasbehälter überhaupt nicht gestohlen worden. Aber ihre Lagerung in unserem Land stellt eine Bedrohung für das Volk dar.

Im „Stern" veröffentlicht die Bourgeoisie jetzt zum Prozeß eine unverschämte Serie unter dem Titel „Vier gegen uns alle". Im Gefängnis wurden die RAF-Gefangenen in Isolierhaft, in toten Trakts gehalten, weil sie angeblich ein Sicherheitsrisiko für die DBR darstellten, selbst der Hungerstreik, bei dem Holger Meins ermordet wurde, wurde als Bedrohung der DBR dargestellt.

So versucht die Bourgeoisie vor der Bevölkerung ihr faschistisches Vorgehen und die Aufrüstung des Polizeiapparates als etwas, das angeblich im Interesse des Volkes selber liege, zu rechtfertigen. **Dies ist ein Angriff der Bourgeoisie gegen die revolutionäre Gewalt, sie will so den Boden bereiten, gegen jeden Revolutionär, gegen jeden Kommunisten vorzugehen, und vor allem gegen die KPD/ML, die die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes, der Revolution in die Arbeiterklasse trägt und die Arbeiterklasse dafür organisiert.**

Genau hier setzt die Bourgeoisie die modernen Revisionisten der D„K"P ein, die nämlich behaupten, die Schuld für den staatlichen Terror läge bei denen, die zur revolutionären Gewalt aufrufen. Deshalb bezeichnen sie die Revolutionäre auch als „Werkzeuge der Reaktion". **Damit leugnen die modernen Revisionisten, daß der Staatsapparat ein Unterdrückungsinstrument zur gewaltsamen Unterdrückung der Arbeiterklasse ist, wie Lenin es bewiesen hat.** Viele Kollegen haben die Gewalt des Staatsapparates schon selbst bei Streiks und Demonstrationen z.B. erfahren, wie bei den Streiks 1973. Auch bei diesen Kämpfen haben die D„K"P-Revisionisten sich immer auf die Seite der Kapitalisten und des Staatsapparates gestellt und versucht, die Kämpfe abzuwürgen. **Die D„K"P will verhindern, daß die Arbeiterklasse die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes zur endgültigen Befreiung von der Ausbeutung und Unterdrückung erkennt und die Ausbeuter davonjagt.**

Die Ideologie der RAF leugnet die revolutionäre Kraft der Massen. Aber nur sie sind in der Lage, unter Führung der kommunistischen Partei den Kapitalismus zu stürzen, das ist niemals das Werke einiger „Helden". Der individuelle Terror der RAF gegen den kapitalistischen Staat ist von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Dies beweist auch die Praxis, denn die meisten Genossen der RAF sind in Haft.

Die Bourgeoisie fürchtet sich vor der revolutionären Gewalt der Volksmassen, sie weiß, ein paar Leute, die mit individuellem Terror gegen diesen Staat vorgehen, sind relativ leicht mit Hilfe ihres Staatsapparates hinter Gitter zu bringen. Aber wenn der revolutionäre Gedanke immer mehr die Arbeiter ergreift, und die Arbeiterklasse unter Führung ihrer kommunistischen Partei, der KPD/ML, den bewaffneten Kampf gegen die Bourgeoisie beginnt, dann nützt auch der bis an die Zähne bewaffnete Staatsapparat der Bourgeoisie nichts mehr.



Dies ist das letzte Photo von Genossen Holger Meins (nach der Obduktion). Sein körperlicher Zustand zeigt die Qualen der Folterung, durch die er in seinem Kampf gegen die Isolationsfolter und Vernichtungshaft ermordet wurde. Dieses Foto entlarvt die unverschämten Lügen über das „gute Leben" der RAF-Gefangenen während des Hungerstreiks, die die bürgerliche Presse veröffentlichte. **Die Bourgeoisie hat Holger Meins ermordet – aber sie hat seinen kämpferischen Geist nicht brechen können.**

Korrespondenzen

„Ein Spielmannszug wie bei Teddy"

Hamburg, 21. Mai 1975

1. Mai 1975. Durch die Straßen von Eimsbüttel zieht ein Spielmannszug der KPD/Marxisten-Leninisten, spielt revolutionäre Märsche. Zwischendurch werden Kurzkundgebungen gehalten, die die Eimsbüttler Arbeiter und Werktätigen, die nicht den Mairummel von DGB und D„K"P mitmachen, zur Roten Maidemonstration **aufrufen.** Als der Spielmannszug spielt, hängt oft eine ganze Straße am Fenster. Ein Kollege ruft uns begeistert zu: „Wie bei Teddy in der Roten Marine!" Der Kollege war auch auf der Roten Maidemonstration und auf der Parteiveranstaltung am Nachmittag.

Schon immer hatte die revolutionäre Arbeiterbewegung ihre eigene Kultur, wozu auch die Spielmannszüge gehörten. Die bekanntesten waren die Spielmannszüge des Roten Frontkämpferbundes und der Roten Marine zur Zeit von Ernst Thälmann, sowie die Züge der Arbeitersportvereine. Auch heute gibt es noch viele fortschrittliche Spielmannszüge. Unsere Partei setzt auf diesem Gebiet die Tradition der Spielleute der revolutionären KPD fort.

Wer das Geklappere und Gepiepse am Anfang dieses Jahres gehört hat, hat vielleicht gedacht, bis zum 1. Mai wird das nie was. Am Anfang war nur die Idee eines alten Genossen, seit dem 15. Lebensjahr Spieler erst bei der Roten Jugendfront, dann beim RFB. 16 Freunde und Genossen fanden sich zusammen, um die revolutionäre Spielleutebewegung weiterzuführen. Am 1. Mai 1975 sollten wieder revolutionäre Lieder durch Hamburgs Straßen hallen. Wir übten zweimal in der Woche, sowie an einigen Wochenenden, nachdem Freunde, Kollegen und Genossen das Geld für die Instrumente aufgebracht hatten. Dabei haben wir gesehen: wenn man sich ein Ziel steckt, geleitet von der revolutionären Linie unserer Partei ernsthaft arbeitet, kann man es auch, auch wenn es anfangs schwierig erscheint, erreichen. In knapp zwei Monaten stand der Zug.

Dabei brachte uns das Flöten und Trommeln auch noch ein anderer Altgenosse bei, ehemaliges Mitglied der KPD, seit seiner Kindheit in Spielmannszügen der Kommunistischen Partei und des Arbeitersports. Tat er es anfangs nur dem anderen Altgenossen zu Gefallen, fand er immer mehr Spaß daran, bis er jetzt sagte: „Besorgt mir doch auch mal so'n Abzeichen!" – gemeint ist die kleine Fahne unserer Partei, die wir auf dem



Der Spielmannszug der KPD/ML führt am Roten 1. Mai 1975 in Hamburg den Demonstrationsblock der Partei an.

Ärmel tragen mit Hammer, Sichel und Gewehr. Dieser Genosse zeigte uns nicht nur, wie man die Noten richtig spielt, sondern auch, wie man als Spielmannszug der Kommunistischen Partei aufzutreten hat, geordnet, diszipliniert, kämpferisch.

Das Ergebnis sah man auf der Roten 1. Mai-Demonstration, als wir vor dem Block der KPD/ML marschierten. Freunde und Kollegen sagten uns später, daß wir schon ganz schön Schwung reingebracht hatten. Die vielen Fehler, die wir gemacht haben (z.B. beim Marschieren), versprechen wir zu verbessern. Viele Genossen der GRF klatschten Beifall, als wir gespielt hatten. Ganz im Gegensatz zu ihren Führern, die uns zum Aufhören bewegen wollten.

Im Namen des gesamten Spielmannzuges danken wir allen Kollegen, Freunden und Genossen, die für den Kauf unserer Instrumente gespendet haben, versprechen Euch alles zu tun, um ein wirklicher guter Spielmannszug der Partei zu werden. Wir werden in Zukunft nicht nur auf Demonstrationen und Veranstaltungen spielen, sondern vor allem in den Arbeitervierteln, um die Kollegen mit revolutionären Märschen für die Partei zu begeistern, sie an die Revolution heranzuführen. Dies wird ein Beitrag zur Bewahrung und Weiterentwicklung der proletarischen Kultur sein, die das Kapital und seine Handlanger wie die D„K"P gerne vom Tisch gefegt sehen.

Genossen des Hamburger Spielmannzuges.

Breite Solidarität mit Bernd und Hubert

Der 20. 5. 75 war der Termin, den die bürgerliche Klassenjustiz Genossen Bernd Reisser für den Antritt einer einjährigen Haftstrafe gesetzt hatte. Wie schon die Genossen Peter Bayer und Hubert Lehmann, teilte auch Genosse Bernd der Polizei mit, sie solle ihn holen, wenn sie ihn ins Gefängnis werfen wolle. Die Partei und die RHD München riefen an diesem Tag zu einer Veranstaltung auf, auf der nicht nur Genosse Bernd, sondern auch Genosse Hubert mit großem Beifall begrüßt wurde.

Hier ein kurzer Abriß der Erfahrungen, die Genosse Bernd, jetzt Mitglied der Zentralen Leitung der RHD, in seinem bisherigen Kampf für die sozialistische Revolution gewonnen hat.

Bernd hat Koch gelernt. Die Lehrzeit war hart. Er verdiente als Lehrling 60 DM im Monat und war ständiger Schikane ausgesetzt. Z.B. warfen die Meister mit Fleischgabeln nach ihren Lehrlingen. Auch in der Freizeit stand man in den Heimen, in denen die Lehrlinge leben mußten, unter ständiger Kontrolle.

Schon in Hannover, als Lehrling, bekam Bernd den ersten Kontakt zur Partei, die vor der Berufsschule den ROTEN MORGEN verkaufte. Er machte bei den Fahrpreisaktionen mit, erlebte zum ersten Mal eine Auseinandersetzung mit der Polizei.

Nach der Lehre ging Bernd nach München. Wurde Sympathisant der Partei. Als er zum Bund einberufen werden soll, will er zunächst den Kriegsdienst verweigern. Zieht aber sein Gesuch zurück, weil er merkt, daß ein Kommunist gerade unter den Soldaten arbeiten und das Waffenhandwerk erlernen muß.

Der Rote Antikriegstag 1972 ist die zweite größere Demonstration für Bernd. Die Verlogenheit dieses „Volks"sportfestes Olympiade erlebt er am eigenen Leib. Als Koch im Bundesbahnhotel ist er in der Zeit der Olympiade praktisch Tag und Nacht im Einsatz. Bernd wurde bei der Demonstration nicht festgenommen. Daß er angezeigt wurde, geht wahrscheinlich auf das Konto eines Verräters, der sich inzwischen abgesetzt hat.

Die erste Gerichtsverhandlung, in der er zusammen mit Sascha angeklagt ist und zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wird, war eine wichtige Erfahrung für ihn. Er verstärkte seinen Kampf gegen die bürgerliche Klassenjustiz und die politische Unterdrückung und begann nun auch in der Roten Hilfe mitzuarbeiten, in deren Zentrale Leitung er inzwischen gewählt wurde.

Besonders wichtig sind für Bernd die Beweise der Solidarität, die er in den letzten Wochen selbst erlebt hat. Er erinnert an das, was Genosse Ernst Aust auf der Gründungsveranstaltung der RHD gesagt hatte: Die Solidarität ist eine Wand, mit der im Rücken wir kämpfen. Sie bewirkt, daß wir beide Hände freihaben zum Kampf. Genau das hat Bernd erfahren, vor allem unter seinen Arbeitskollegen. Bereits beim ersten Prozeß unterschrieben sie eine Protestresolution, gaben ihm Freßpakete mit ins Gericht. Praktisch alle seine Kollegen, sieben Mann kamen auf die Veranstaltung der Partei am 20. 5. in München und verlasen dort auch eine eigene Protestresolution. Die gleiche Bereitschaft, ihn zu unterstützen, auch in Salzgitter, seinem Heimatort. Einige Kollegen dort erklärten, sie wollten jetzt jeden Monat die Rote Hilfe mit 10 DM unterstützen.

Wir möchten an dieser Stelle unsere Leser bitten, sich in die Front der Solidarität einzureihen, den Genossen im Gefängnis zu schreiben und in ihrem Sinn den Kampf gegen das kapitalistische Unterdrückersystem voranzutreiben.

Die gleiche Solidarität erfuhr auch Genosse Hubert Lehmann. Hubert, der kurz vor dem Roten Antikriegstag 1972 den Verrat der D„K"P erkannt hatte und von der „S"DAJ zur Roten Garde gekommen war, wurde schon in der 1. Instanz von den Bewohnern seines Heimatdorfes Greding unterstützt: 119 der 500 Bewohner erklärten sich in einer gemeinsamen Resolution solidarisch mit seinem Kampf. Bei Hausbesuchen in der letzten Zeit versprachen viele, ihn zu besuchen und zu schreiben. Einer spendete 20 DM für den Prozeß. Auch die Kollegen im Betrieb – Hubert ist Technischer Zeichner – solidarisierten sich mit ihm. Obwohl er schon am 28. 4. seine Strafe hätte antreten müssen, war Genosse Hubert bei Redaktionsschluß noch frei.

Diese Resolution, verfaßt von einem Kollegen von Bernd und von vielen anderen unterstützt, wurde auf der Veranstaltung mit großem Beifall aufgenommen.

P r o t e s t e r k l ä r u n g

Der Genosse „Koch" Bernd Reisser demonstrierte am Roten Antikriegstag 1972 gegen den imperialistischen Krieg. 6 000 Menschen standen zusammen mit Bernd auf der Straße. Stellvertretend für diese 6 000 Demonstranten wurde Bernd zusammen mit 2 weiteren Gesinnungsgenossen zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

Die bürgerliche Klassenjustiz fällte ein reines Gesinnungsurteil, denn sie war nicht in der Lage, Bernd die Teilnahme an der Demonstration nachzuweisen. Für das Gericht war nur die Gesinnung Bernds entscheidend. „Er ist Kommunist".

Seinen Kampf gegen Ausbeutung, Unterdrückung und imperialistischen Krieg wollen sie bestrafen. Sie wollen unseren Arbeitskollegen Bernd einschüchtern, damit er nicht mehr für seine Überzeugung kämpft. Aber das wird ihnen nicht gelingen. Am Dienstag, den 20. 5. 1975 soll Bernd für 12 Monate ins Gefängnis, aufgrund dessen protestieren wir schärfstens gegen dieses Gesinnungsurteil, solidarisieren uns mit unserem Arbeitskollegen Bernd „und fordern Freiheit" für Bernd Reisser.

Für uns und alle freiheitlich denkenden Menschen ist Bernd kein Verbrecher, er wurde verurteilt aufgrund seiner Emotionen für die Freiheit des Volkes und gegen die Unterdrückung in unserem „a n g e b l i c h" freiheitlichen Rechtsstaat.

ROT FRONT!



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

WESTBERLIN

Eine Westberliner Genossin berichtet, wie sie als Zuschauer bei einem Arbeitsgerichtsprozeß Zeuge davon wurde, wie der IGM-Apparat die Kollegen verschaukelt.

Ein ausländischer Kollege war entlassen worden. Die Kapitalistenvertreter boten im Prozeß 2 100 DM im Falle eines Vergleichs, der IGM-Rechtsanwalt wollte 3 200 DM. Als die Kapitalistenvertreter sich stur stellten, begann der IGM-Rechtsanwalt zu handeln: Ja, sie möchten doch bedenken, der Kollege sei jetzt schon über ein halbes Jahr arbeitslos. Wenn er jetzt den Prozeß gewinnen würde, dann müßten die Kapitalisten ja die ganze Zeit nachbezahlen, so aber würden sie doch wesentlich billiger und besser bei wegkommen. Der Kapitalistenvertreter ging noch ein Stück hoch, der IGM-Anwalt noch ein Stück herunter, schließlich einigte man sich auf 3 000 DM.

Wer sieht, wie die IGM-Vertreter schon als Anwälte der Kollegen ihre Interessen verschaukeln, der wird sich kaum noch der Illusion hingeben, daß durch den IGM-Vertreter an der Seite des Richters die Arbeitsgerichte auch nur im entferntesten „unabhängig" zwischen den Kapitalisten und den Arbeitern stehen könnten. Sie sind bürgerliche Klassengerichte wie die Strafgerichte auch.

MÜNCHEN

Am 2. 5. fand in München ein Prozeß gegen drei Zuschauer vom Prozeß gegen Genossen Klaus Kercher statt. Die Anklage lautete auf Hausfriedensbruch, einem Genossen wurde zusätzlich Widerstand vorgeworfen. (Im Prozeß waren damals auf einmal nahezu alle Zuschauer festgenommen worden). Über Strafbefehl hatten die Genossen eine Gesamtstrafe von 2 600 DM erhalten. Durch ihren Kampf vor Gericht, durch die Widersprüche, in die sich die Polizeizeugen verwickelten, sah sich das Gericht gezwungen, ein niedrigeres Urteil auszusprechen: 1 100 DM Gesamtstrafe.

SPENDENKONTO

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML

– Spendenkonto –
Sparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004 547
Stichwort: SOLIDARITÄT

KÖLN

In der vorletzten Woche stand in Köln eine Genossin vor Gericht, angeklagt wegen Beleidigung, weil sie vor einigen Monaten einem gefangenen türkischen Genossen den ROTEN MORGEN Nr. 42/74 hatte bringen wollen. In diesem ROTEN MORGEN war in einem Bericht über den Kölner Kommunistenprozeß, in dem Richter Somoeskoy über 130 Tage Ordnungsstrafe verhängt hatte, geschrieben worden, daß er im Stile eines Freisler gegen die Angeklagten und die Zuschauer vorgehe. Die Genossin hatte den ROTEN MORGEN damals dem türkischen Genossen nicht bringen dürfen. Der zuständige Staatsanwalt nahm ihn ihr weg und sie erhielt einen Strafbefehl über 750 DM. Im Prozeß wurde der Strafbefehl bestätigt. Begründung: Der Prozeß habe gezeigt, daß die angeklagte Genossin nicht „neutral" sei, ihre Gesinnung vielmehr der des ROTEN MORGEN entspreche und deshalb davon auszugehen sei, daß sie auch das im ROTEN MORGEN über Richter Freisler getroffene Urteil teile.

Kriegsvorbereitungen der Supermächte

Fortsetzung von Seite 1

Während die US-Imperialisten Niederlage für Niederlage einstecken mußten, haben die sowjetischen Sozialimperialisten diese zunehmende Schwäche genutzt, um ihre Militärmaschinerie auf Hochtouren zu bringen sowie wirtschaftliche und politische Einbrüche in die Herrschaftsgebiete des US-Imperialismus zu unternehmen. Das jüngste Flottenmanöver Moskaus auf allen Weltmeeren hat dies gefährlich demonstriert. **Vor allem in Europa haben die Kremlführer große Anstrengungen unternommen, um das Kräfteverhältnis beider Supermächte zu ihren Gunsten zu verschieben. Wie der „Bayernkurier" berichtet, stehen heute einer Truppenstärke der Nato von 770 000 Mann 855 000 Soldaten des Warschauer Paktes gegenüber, auf ein Nato-Flugzeug kommen zwei des Warschauer Paktes und auf einen Nato-Panzer gar drei sowjetische. Diese wahnsinnigen Anstrengungen der Moskauer Imperialisten sprechen eine deutliche Sprache: von ihnen geht heute die Hauptgefahr für die Völker Europas aus.**

Aber heißt das nicht, daß die Nato für die Verteidigung der westeuropäischen Länder um so notwendiger ist? Keineswegs! Denn auch die Nato ist nicht minder ein aggressiver Militärblock wie der Warschauer Pakt auch. Sind die Hunderte Milliarden, die in diesen Kriegsblock gesteckt worden sind, etwa zum Schutz der Völker Westeuropas ausgegeben? Wurden davon vielleicht Atomschutzbunker für die Völker Westeuropas gebaut, die Völker für einen langwierigen Verteidigungskrieg gerüstet? Nicht im mindesten! Milliarden über Milliarden, die den westeuropäischen Völkern ausgepreßt wurden, sind dafür verwandt worden, eine aggressive Kriegsmaschinerie in den Händen der Imperialisten unter der absoluten Führung des US-Imperialismus zu errichten, die sich gegen die Völker richtet. Vertraglich haben die Nato-Länder sich gegenseitig zugesichert, daß einer den anderen vor der sozialistischen Revolution, vor dem Kampf der Arbeiterklasse schützt. Die jüngste Forderung des US-Chefs Ford, die Nato auch über die Grenzen des nordatlantischen Raumes einzusetzen, entlarvt nur allzu deutlich den wahren Charakter dieses Bündnisses: Es ist ein Kriegsinstrument in der Hand des US-Imperialismus, das er sich geschaffen hat, um seine Rolle als Weltgendarm, als Henker der Völker verwirklichen zu können.

Sicherlich ist die Nato ein Bündnis gegen den Warschauer Pakt, gegen den sowjetischen Sozialimperialismus. Aber in wessem Interesse? Im Interesse der US-Supermacht, die ihre Vorherrschaft über Westeuropa gegenüber den Neuen Kremlzaren verteidigen will. Für die Völker Europas kann es nicht heißen, den einen Unterdrücker gegen den anderen zu verteidigen. Wie das Sprichwort es bereits sagt: man kann den Teufel nicht mit dem Beelzebub austreiben! Unser Standpunkt muß sein: Wenn zwei Diebe sich schlagen, mögen sie beide umkommen! Nur wenn man den einen wie den anderen Räuber bekämpft, wird man sich die Verbrechen vom Halse schaffen können, nicht aber, indem man sich auf die Seite des einen oder anderen Räubers schlägt.

Auch die Propaganda der US-Imperialisten von der sogenannten „Partnerschaft" im Nato-Bündnis kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die US-Imperialisten die absolute Führung über diesen Militärblock in Westeuropa voll und ganz beanspruchen. Wenn es darauf ankam, haben die US-Imperialisten – wie z.B. während des Oktoberkrieges – auch keinen Hehl daraus gemacht, daß demjenigen ernsthafte Konsequenzen drohen, der sich ihrem Diktat widersetzt. Doch hierbei stoßen die US-Imperialisten auf wachsende Schwierigkeiten. Denn auch die westeuropäischen Länder widersetzen sich zunehmend der Kontrolle und der ständigen Einmischung durch die beiden Supermächte.

Das ist auch der Grund, warum die US-Imperialisten fast ihre ganze Regierung im Rahmen der Nato-Tagung nach Brüssel sandten: **Die US-Spitzen mit Präsident Ford voran wollen die auseinanderstrebenden Stimmen in der Nato und vor allem diejenigen zum Verstummen bringen, die auf die eine oder andere Weise gegen das amerikanische Hegemoniestreben laut werden. Doch zu sehr ist bereits der Nato-Block von Widersprüchen zerfressen, als daß die US-Imperialisten dieser Entwicklung wieder vollkommen Herr werden könnten.** Gegen die Vorschläge der US-Imperialisten, die Beiträge für den US-Militärblock noch mehr den westeuropäischen Ländern aufzubürden, gegen die US-Pläne, das faschistische Franco-Spanien zur Stärkung des US-Kriegsblocks aufzunehmen und in Südafrika Nato-Stützpunkte der US-Imperialisten zu errichten, wuchs der Widerstand unter verschiedenen Nato-Ländern wie den Niederlanden, Dänemark usw.

Die westdeutschen Imperialisten hingegen ließen sich die Gelegenheit nicht entgehen, erneut ihre treue Gefolgschaft gegenüber dem US-Imperialismus bei seinen Plänen in Europa zu bekunden. Sie spielen unter den westeuropäischen Ländern die schändliche Rolle eines Zuträgers für die Vorherrschaft des US-Imperialismus in Europa. So hat die Stärke der westdeutschen Truppen und die Zahl der Bonner Generäle in allen Gremien und Organisationen des US-Kriegsblocks zugenommen. Sie stellen das größte Truppenkontingent der Nato und bringen mehr Heeresausrüstungen als jedes andere Mitgliedsland in dieses Bündnis ein. Allein die Ausrüstungen erreichen einen Wert von 4 Milliarden Dollar, die unserem Volk für die Interessen des US-Imperialismus abgepreßt worden sind.

Doch die westdeutschen Imperialisten sind natürlich keine selbstlosen Diener. Sie versprechen sich von der Unterstützung des US-Imperialismus eine weitere Stärkung ihrer Position und ihres Einflusses in Westeuropa. Ob sie mit den gefährlichsten Feinden der Völker der Welt, den beiden Supermächten in einer Front stehen oder nicht – für sie zählt allein, ob wachsender Einfluß, wachsende Macht im Windschatten der beiden Supermächte für sie herausspringt. Auch sie haben natürlich gewisse Widersprüche gegen beide Supermächte und ihre ständige Bevormundung, aber nach wie vor sind die westdeutschen Imperialisten die Hauptstütze des US-Imperialismus bei der Verwirklichung seiner Vorherrschaft über Europa.

Unser Volk wie alle Völker Europas können von der Nato nicht die Verteidigung ihrer Interessen gegenüber dem sowjetischen Sozialimperialismus erwarten. Die Nato ist ein Unterdrückungsinstrument gegen die Völker, wie sollte sie da jemals zu ihrem Schutz dienen. **Die Nato wie der Warschauer Pakt sind gefährliche Instrumente in der Hand zweier Kriegsbrandstifter, die nur auf den günstigen Moment lauern und sich vorbereiten, um sich gegenseitig zu überfallen und die Herrschaft des anderen anzutreten.**

Ihre wachsende Rivalität läuft für unser Volk darauf hinaus, daß deutsche Arbeiter gegen deutsche Arbeiter aufs Schlachtfeld geschickt werden für die Interessen der beiden Supermächte. Die nationalen Interessen unseres Volkes können daher nur verteidigt und erkämpft werden gegen die eine wie die andere Supermacht, gegen den einen wie den anderen Militärblock. Doch dieser Kampf für die nationalen Interessen unseres Volkes erfordert unweigerlich auch den Kampf gegen diejenigen, die die nationalen Interessen unseres Volkes für Dollar und Rubel, für mehr Macht und Einfluß im Gefolge beider Supermächte verraten haben: die westdeutschen Imperialisten. Sie werden bis zuletzt zu verhindern suchen, daß das Volk sich verteidigen und schützen kann, daß es sich bewaffnet, weil sie Angst haben, das Volk würde die Waffen gegen seine einheimischen Unterdrücker selbst richten. Und das wird es zweifellos bei passender Gelegenheit auch zurecht und mit Erfolg tun!

Die Völker Europas müssen sich in ihrem Kampf gegen beide Supermächte vor allem auf die eigene Kraft verlassen. Ihr Zusammenschluß, ihre Einheitsfront gegen die Kriegsbrandstifter wird ihnen immer schwerere Schläge versetzen können, indem sie für den Austritt ihrer Länder aus den Militärblöcken beider Supermächte und für die Verjagung der ausländischen Truppen kämpfen und jeden Versuch der einen wie der anderen Supermacht, ihren Einfluß auszuweiten, entgegentreten.

Der revolutionären Einheitsfront, die es in unserem Land gegen beide Supermächte zu errichten gilt und die sich einreihen muß in die Einheitsfront der Völker Europas und der Welt, wird es unbedingt gelingen, beide Supermächte, die US-Imperialisten wie die sowjetischen Sozialimperialisten endgültig niederzuringen. Denn selbst angesichts der von der Rivalität der Supermächte ausgehenden Kriegsgefahr dürfen wir eines nicht vergessen: daß nämlich nicht sie, die Supermächte, sondern die Völker der Welt es sind, die den Gang der Geschichte bestimmen. Die beiden Oberherren – die USA und die Sowjetunion – sind in ein Dilemma innerer und äußerer Schwierigkeiten geraten und haben es immer schwerer. **Das, was sie wollen, ist eine Sache, ob sie es verwirklichen können, ist eine andere. Kämpft mit der KPD/ML für den Aufbau einer revolutionären Einheitsfront gegen die beiden Supermächte. Kämpft mit uns für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!**

Indochina

Nicht Moskaus Waffen, die Völker siegten

Der Sieg der Völker Vietnams und Kambodschas hat aller Welt bewiesen, daß es kein Wunschtraum ist, sondern geschichtliche Wirklichkeit, daß ein kleines Land eine Supermacht besiegen kann. Diese Tatsache, die dem Kampf aller Völker der Welt neuen Mut und neue Zuversicht in ihrem Kampf gegen die Hegemoniebestrebungen der beiden Supermächte gegeben hat, war natürlich ein schwerer Schlag für die Herren in Washington und Moskau, aber auch für ihre Komplizen und Lakaien in der ganzen Welt.

Unfähig, diese Niederlage rückgängig zu machen, versuchen sie darum jetzt, die Tatsachen auf den Kopf zu stellen und Lügen über Lügen zu erfinden, um der Weltöffentlichkeit weiter vormachen zu können, die Geschicke der Welt lägen in den Händen von Supermächten, nicht aber, wie es der Sieg im Volkskrieg in Indochina gerade gezeigt hat, in den Händen der Völker der Welt.

Besonders übel ist die Propaganda der sowjetischen Sozialimperialisten, die über die strategische Niederlage, die der US-Imperialismus in Indochina erlitten hat, frohlokken und offensichtlich schon davon träumen, deren Stellung in Indochina einnehmen zu können.

Mitte Mai schrieb die „Prawda' : „Die gerechte Sache des vietnamesischen Volkes hat triumphiert, weil sie von Anfang an von der materiellen Kraft und vom moralisch-politischen Prestige der Sowjetunion der sozialistischen Weltgemeinschaft und der internationalen kommunistischen Bewegung unterstützt wurde", und die Sowjetunion „sei der Organisator der sozialistischen Hilfe für das vietnamesische Volk" gewesen.

Ein schöner Freund, wahrhaftig, der erst für eine „politische Lösung' plädiert und dann, wenn der Sieg mit der Armee des Volkes, mit seinen Leiden und Opfern errungen wurde, den Erfolg ausschließlich auf sein Konto verbucht! Was die sowjetischen Sozialimperialisten hier propagieren, ist die altbekannte reaktionäre Theorie, daß die Waffen allein entscheiden, nicht aber das Volk. **Gerade diese imperialistische Lüge ist aber vom vietnamesischen Volk und vom kambodschanischen Volk schlagend widerlegt worden. Es hat, obwohl anfangs nur mit den primitivsten Waffen ausgerüstet, eine der modernsten Armeen der Welt besiegt und im Laufe dieses Kampfes Kriegsausrüstungen erobert, deren Wert selbst nach Angaben des Pentagon 5 Milliarden Dollar ausmacht. Sogar die bürgerliche Zeitschrift „Der Spiegel' muß zugeben, daß das mehr ist, als die Sowjetunion während der gesamten Dauer des Befreiungskampfes an das vietnamesische Volk geliefert hat.** Das zeigt, daß es auch quantitativ gesehen mit der „materiellen Kraft" der Sowjetunion in Bezug auf den Krieg des vietnamesischen Volkes nicht gerade weit her ist.

Wenn die sowjetischen Sozialimperialisten sich jetzt selbst als die Urheber und die „Organisatoren" des Sieges über den US-Imperialismus in Indochina preisen, dann geschieht das aus dem gleichen Grund, aus dem heraus sie gerade in den letzten Wochen den heroischen, aufopferungsvollen Kampf der europäischen Völker gegen den Hitlerfaschismus verleumdeten und in Verdrehung der geschichtlichen Wahrheit sich selbst als die alleinigen Bezwinger des Hitlerfaschismus priesen. **Sie tun das, um den Kampfgeist und das Selbstbewußtsein der Völker zu schwächen und ihnen einzureden: Uns verdankt ihr euer Leben, ohne unseren Schutz seid ihr verloren.**

Wie dieser „Schutz" durch die sowjetischen Sozialimperialisten aussieht, hat das tschechoslowakische 1968 erleben müssen, als die Herren in Moskau es wie 30 Jahre vorher Hitler überfielen und besetzten; wie dieser Schutz aussieht, der nichts anderes ist als chauvinistische, faschistische Okkupation, erleben die Völker in den Ländern des Warschauer Paktes jeden Tag.

Aber weder das vietnamesische noch das kambodschanische Volk haben in einem jahrelangen, aufopferungsvollen Kampf den einen Räuber aus dem Haus gejagt, um einen anderen, noch hinterhältigeren hineinschleichen zu lassen. Der Traum der sowjetischen Sozialimperialisten, im Namen des Sozialismus die Niederlagen, die der US-Imperialismus durch die Schläge der Völker einstecken mußte, in seine Siege verwandeln zu können, wird ebenso schnell ausgeträumt sein wie der Traum des US-Imperialismus, im Namen von „Freiheit und Demokratie" die Völker unterdrücken und ausplündern zu können.

Die Niederlage des US-Imperialismus in Indochina hat die Ungeduld des sowjetischen Sozialimperialismus gesteigert, das Ringen zwischen den beiden Supermächten endgültig zu seinen Gunsten zu entscheiden.

Als Antwort darauf ist es zu verstehen, wenn die US-Imperialisten vor kurzem erklärt haben: „Die amerikanische Niederlage in Indochina bedeutet nicht das Ende der internationalen amerikanischen Verpflichtungen." – Wenn sie gleichzeitig offene Kriegsdrohungen gegen das koreanische Volk ausstoßen; wenn sie die finanziellen Mittel zur militärischen Aufrüstung ihrer Marionettenregimes in aller Welt verstärken und vor allem in Westeuropa ihre Streitkräfte verstärken.

Der Sieg der Völker Indochinas hat die Rivalität zwischen den beiden Supermächten verschärft. Ihre Reaktion auf diesen Sieg zeigt, was sie am meisten fürchten: daß die Völker der Welt sowohl auf die „Freiheit und Demokratie" der US-Imperialisten als auch auf den „Sozialismus' der sowjetischen Sozialimperialisten pfeifen und erkennen, daß nicht diese selbsternannten Herren es sind, die den Lauf der Geschichte bestimmen, sondern die Völker selber, und den Kampf für ihre Freiheit und Unabhängigkeit verstärken.

Portugal

"Nieder mit Cunhal, dem neuen Salazar!"

„Nieder mit Cunhal, dem neuen Salazar!" Das war eine der Parolen der vielen tausend Demonstranten, die sich in der vergangenen Woche vor dem Gebäude der Lissaboner Tageszeitung „Les Republica" versammelt hatten, um gegen die sozialfaschistischen Provokationen der modernen Revisionisten mit Cunhal an der Spitze zu protestieren.

Unter der Regie der modernen Revisionisten hatten kurz zuvor Drucker und Setzer das Gebäude besetzt, die Journalisten und den Chefredakteur eingesperrt und die „Res Publica" in eigener Regie herausgegeben. Die Begründung der modernen Revisionisten für ihre Provokation ist ebenso demagogisch wie heuchlerisch. Was haben sie denn der Zeitung, die der „Sozialistischen Partei" nahesteht, vorzuwerfen? Sie haben sie beschuldigt, Verwirrung zu stiften, die Einheit des Volkes zu untergraben und die Gewerkschaftseinheit zu spalten.

Die Tatsachen sehen aber anders aus. In Wirklichkeit hatte die „Res Publica" in mehreren Artikeln vor der Gefahr einer Diktatur der Partei Cunhals über das Volk gewarnt. In Wirklichkeit hat sie offen erklärt, daß die von den modernen Revisionisten beherrschte Einheitsgewerkschaft für Cunhal und Konsorten nur ein Mittel ist, um ihre Macht und ihren Einfluß auszudehen und zu festigen.

Cunhal, ein neuer Salazar, ein Quisling im Dienste der Neuen Zaren im Kreml, das ist die größte Gefahr für die Freiheit und die Unabhängigkeit der portugiesischen Nation und des Volkes. Seit dem Sturz des faschistischen Caetano-Regimes, das das Land dem amerikanischen Imperialismus ausgeliefert hatte vor etwas mehr als einem Jahr, haben die modernen Revisionisten Cunhals als 5. Kolonne der sowjetischen Sozialimperialisten ihren Einfluß in der „Bewegung der Streitkräfte" ständig vergrößert und skrupellos versucht, dem Land eine sozialfaschistische Diktatur aufzuzwingen und es den Neuen Zaren im Kreml auszuliefern. **Die Besetzung der Zeitung „Res Publica" zeigt, daß sie bereit sind, jeden Widerstand und jede Opposition gegen diesen Kurs zu unterdrücken.** Wie erfolgreich sie dabei bereits gewesen sind, beweist die Schließung der Zeitung durch ein Gericht und die Kommuniques des Rats der Bewegung der Streitkräfte, in denen die Sozialistische Partei für die Zwischenfälle verantwortlich gemacht wird, und die Besetzung des Gebäudes durch Soldaten der portugiesischen Armee.

In diesen Tagen sind die bürgerlichen Zeitungen voll davon, daß die „Sozialistische Partei" und ihr Führer Soares die entschiedensten Kämpfer gegen die Errichtung einer sozialfaschistischen Diktatur von Moskaus Gnaden in Portugal seien. Natürlich, es ist gut und nicht schlecht, wenn die „Sozialistische Partei" zu Demonstrationen gegen Cunhal aufruft, ebenso wie es gut und nicht schlecht ist, wenn der portugiesische Außenminister in Bonn erklärt, daß Portugal engere Bindungen zur EG haben will, anstatt sich Moskau oder Washington in die Arme zu werfen. Aber Soares und seine Partei stehen nicht für das Volk, sie sind Bourgeois, die durch ihre Beteiligung an der Regierung, durch ihre Nachgiebigkeit gegenüber dem Druck und den Erpressungen der modernen Revisionisten mehr als einmal der Sache des portugiesischen Volkes in den Rücken gefallen sind.

Nicht sie, sondern die Marxisten-Leninisten, gegen die die modernen Revisionisten in diesen Tagen nicht müde werden zu hetzen, und das portugiesische Volk, dem die Tatsachen täglich klarer vor Augen führen, wer seine Freiheit und Unabhängigkeit bedroht, werden „Nein!" zum Sozialfaschismus sagen und alle Lakaien der Imperialisten aus dem Land jagen, ob sie im Sold Moskaus oder Washingtons stehen.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Unterstützt den Befreiungskampf des Volkes von Oman!

Vor zehn Jahren, am 9. Juni 1965, begann das Volk von Oman den revolutionären Volkskrieg für seine Freiheit und Unabhängigkeit gegen die britischen Imperialisten und ihre Marionette, den Sultan Quabus. Zur Unterstützung des Freiheitskampfes des omanischen Volkes hat die Föderation Iranischer Studenten in der BRD und Westberlin – Mitglied der CISNU – die Initiative zu einer Solidaritätskampagne ergriffen, die auch von unserer Partei unterstützt wird. Im Rahmen dieser Kampagne werden u.a. Veranstaltungen in Frankfurt, Hamburg, Heidelberg, Köln, München, Stuttgart und Westberlin durchgeführt und zu einer Geld- und Medikamentensammlung aufgerufen. Listen der benötigten Medikamente können über die Parteibüros angefordert werden.

Die Revolution des omanischen Volkes unterstützen, heißt auch vor allem, die beiden Supermächte, den amerikanischen Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus anzugreifen, die beide, in heftiger Rivalität zueinander, versuchen, den Freiheitskampf des omanischen Volkes zu unterdrücken, um dieses Gebiet unter ihre Kontrolle zu bekommen. In ihrem Bestreben, vor allem die Neuen Zaren im Kreml in Schutz zu nehmen, haben sich der „K"BW und der „K"B Nord geweigert, die Kampagne zu unterstützen und einen gemeinsamen Aufruf zu unterzeichnen. Im folgenden veröffentlichen wir diesen Aufruf, der von der FIS, der KPD/ML, der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS, der GRF und anderen Organisationen unterzeichnet ist.

Zu Beginn dieses Jahres startete das Schah-Regime mit einer 11 000 Mann starken Sondereinheit der iranischen Armee, gemeinsam mit Söldnern des Sultan Quabus, eine Großoffensive in den befreiten Gebieten, in der Provinz Dhofar im südarabischen Sultanat Oman. Diese Offensive wird unterstützt von der britischen Luftwaffe. Täglich werden Benzinfässer auf Getreidefelder, Weiden und Dörfer geworfen und dann in Brand gesetzt. Massaker werden unter Frauen und Kindern angerichtet, das Vieh wird auf den Weiden abgeschossen. Parallel zu dieser Großoffensive in den befreiten Gebieten läuft eine blutige Verfolgungsjagd der Oppositionellen in den noch vom Quabus-Regime beherrschten Teilen des Landes. Allein im vergangenen Monat sind mit Hilfe des CIA, des iranischen Geheimdienstes SAVAK und britischer Spezialisten 800 Patrioten in Kerker geworfen und über 100 heimtückisch ermordet worden.

Warum dieser Völkermord?

In Oman, das bis vor kurzem noch Kolonie von Großbritannien war, herrscht der Imperialismus, vor allem der US-Imperialismus, der für die Durchsetzung seiner Interessen ein feudales Regime am Leben erhält. Dieses Regime setzt sich aus der feudalen Klasse und aus der verschwindend kleinen Schicht der Kompradoren-Bourgeoisie zusammen. Mit Hilfe dieses Regimes plündern die Imperialisten seit Jahren die gesamten Reichtümer des Landes. Durch den Aufbau eines starken Armee- und Polizeiapparats, der britischen Offizieren unterstellt ist, wird jede fortschrittliche Bewegung in diesem Land im Keim erstickt. Folge dieser zügellosen Ausbeutung und Unterdrückung ist, daß Oman heute trotz seiner reichen Erdöl- und Erdgasvorkommen eines der ärmsten und rückständigsten Länder der Welt ist, in dem noch Sklavenhandel betrieben wird.

Gegen diese Ausbeutung und Unterdrückung erhob sich das omanische Volk. Am 9. Juni 1965 nahm das Volk von Oman unter der Führung seiner Befreiungsbewegung „Volksfront zur Befreiung Omans" (PFLO) den bewaffneten Kampf für seine nationale Unabhängigkeit und soziale Revolution auf. Im Laufe dieses Kampfes gelang es den Volksmassen, die Provinz Dhofar vom Joch des Imperialismus und Kolonialismus und von der despotischen Herrschaft ihrer Marionetten zu befreien. Die Ländereien der Feudalherren wurden beschlagnahmt und unter den Bauern verteilt, die Sklaverei in all ihren Formen beseitigt, die Bodenschätze wurden zum Volkseigentum erklärt. Angeleitet von den Kämpfern der PFLO hat die Bevölkerung in den befreiten Gebieten die ersten Schulen, Krankenhäuser und landwirtschaftlichen Farmen aufgebaut. Von den befreiten Gebieten aus setzte die Befreiungsbewegung des Volkes von Oman den bewaffneten Kampf für die endgültige Beendigung der Herrschaft der Imperialisten im gesamten Territorium Omans, für den Sturz der Abu-Said-Dynastie und für die Durchführung der sozialen Revolution in ganz Oman fort.

Die Befreiungsbewegung des Volkes von Oman ist den Imperialisten und ihren Verbündeten ein Dorn im Auge. Sie hat nicht nur einen vorantreibenden Einfluß auf die revolutionäre Bewegung der Völker dieser Region, sondern sie ist auch eine ernsthafte Gefahr für die Raubpolitik der Imperialisten in den Ländern am Golf. Hier lagern bekanntlich 60% aller Rohölreserven der Welt. Aber nicht nur die ungehinderte Ausbeutung dieser Rohstoffe, sondern auch ihre Transportwege müssen gesichert werden. Der Golf ist für den Transport der Rohstoffe von großer Bedeutung und wird als die „Hauptschlagader des Welterdölstroms" bezeichnet. Um über diese Reichtümer frei verfügen zu können, scheuen die Imperialisten vor keinem Verbrechen zurück, um die Völker dieser Länder zu hindern, ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen und selbst über ihre Reichtümer zu verfügen. Sie berauben die Völker ihrer Freiheit und ihrer nationalen Unabhängigkeit, indem sie erzreaktionäre und abhängige Regimes einsetzen.

Die eine Supermacht, die USA, verfügt über den größten Teil der Reichtümer der Länder am Golf. Sie errichtet dort Militärstützpunkte, unterstützt die erzreaktionären Regimes mit Waffen, aber auch politisch, sie setzt die iranische Armee, die als Gendarm am Golf fungiert, gegen die Befreiungsbewegungen ein. Im harten Kampf mit den USA will die andere Supermacht, die Sowjetunion, das Golfgebiet selbst kontrollieren, um die Reichtümer der Golfländer auszubeuten und ihre Herrschaft im Nahen Osten und im Indischen Ozean zu errichten. Bereits heute versucht sie mit Hilfe ungleicher Verträge, mit der Errichtung von Militärbasen und Verstärkung ihrer Flotten, aber auch mit der „Unterstützung" der Befreiungsbewegung, ihre Hegemoniebestrebungen zu verwirklichen und in die Reihen der Befreiungsbewegung einzudringen, um sie vor ihren Karren zu spannen. Daß die Sowjetunion nicht den Freiheitskampf dieser Völker unterstützt, sondern ihre ausbeuterischen Ziele verfolgt, zeigt die Tatsache, daß sie acht Jahre lang kein Wort über den gerechten Kampf des Volkes in Oman verlor oder aber diesen Kampf als abenteuerlich verleumdete. Das Volk von Oman kann jedoch mit keinen Mitteln von seinem Kampf für Freiheit und nationale Unabhängigkeit abgehalten werden, auch dann nicht, wenn der britische und amerikanische Imperialismus einen Aggressionskrieg gegen dieses Volk entfesseln.

Nur weil das ganze Volk hinter dem Kampf gegen den Imperialismus, die einheimische Despotie und die ausländischen Söldnertruppen steht, gelang es ihm, auf die eigene Kraft vertrauend, ihnen mit einfachen Mitteln viele Niederlagen zu bereiten. Da die Imperialisten und ihre einheimischen Verbündeten trotz ihrer militärischen Überlegenheit den Vormarsch der Befreiungsbewegung nicht stoppen konnten, versuchen sie nun, das Volk von Oman auszurotten, indem sie ihm seine Existenzbedingungen vernichten und Massaker unter der Bevölkerung anrichten. In der bürgerlichen Presse Westdeutschlands wird mit keinem Wort über diesen Völkermord berichtet. Und das aus gutem Grund! Der westdeutsche Imperialismus liefert dem Schah-Regime Waffen und bildet dessen Offiziere in der Bundeswehr aus. Außerdem ist er selbst an der Ausbeutung der Völker in den Ländern am Golf beteiligt und ist deshalb an der Liquidierung der Befreiungsbewegung interessiert und unterstützt deshalb das Quabus-Regime. So baut z.B. das Bauunternehmen Hoch-Tief Militärstraßen und einen Militärflughafen für die Quabus-Armee und die Merck AG liefert chemische Mittel, die zur Verbrennung der Felder verwendet werden.

Die unterzeichnenden Organisationen rufen alle fortschrittlichen Menschen, Verbände und Organisationen auf, sich aktiv an der Unterstützungskampagne für die Befreiungsbewegung in Oman zu beteiligen. Unterstützen wir gemeinsam den Befreiungskampf des Volkes in Oman!

SCHLUSS MIT DEM VÖLKERMORD IN OMAN!

RAUS MIT DEN BEIDEN SUPERMÄCHTEN AUS DEM GOLFGEBIET!

ES LEBE DER BEFREIUNGSKAMPF DES VOLKES IN OMAN!

NIEDER MIT DEM QUABUS-REGIME!

SCHAH-ARMEE UND ALLE ANDEREN AGGRESSOREN RAUS AUS OMAN!

SPENDET FÜR DEN BEFREIUNGSKAMPF DES VOLKES VON OMAN!
Vorstand der KPD/ML
– Spendenkonto –
Stadtsparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004 547
Stichwort: Oman

Erklärung und Aufruf der GRUNK

Washingtons Sabotage muss verurteilt werden!

Am 15. Mai hat Hu Nim, Minister für Information und Propaganda der Königlichen Regierung der Nationalen Union Kambodschas (GRUNK) eine Erklärung veröffentlicht, in der die Bombenangriffe der amerikanischen Imperialisten auf Kambodscha und ihre fortgesetzten Spionage- und Sabotageaktivitäten verurteilt und die Entschlossenheit der FUNK, der GRUNK, der Volksstreitkräfte und des ganzen Volkes bekräftigt werden, die Freiheit und Unabhängigkeit Kambodschas, die Errungenschaften der Revolution zu verteidigen und alle Angriffe zurückzuschlagen.

In der Erklärung heißt es unter anderem, daß die amerikanischen Imperialisten seit der Befreiung Phnom Penhs unaufhörlich Spionage, Sabotage und Subversion gegen das freie Kambodscha betrieben haben. Das Ziel all dieser Aktivitäten ist es, den Aufbau eines neuen, unabhängigen und freien Kambodscha, in dem das Volk die Macht in den Händen hält, zu verhindern, aber auch die Seewege und Häfen Kambodschas zu blockieren.

Aus diesem Grund führen die amerikanischen Imperialisten jeden Tag Aufklärungsflüge über Kambodscha durch. Sie haben Agenten zurückgelassen, die vor allem in den Städten Sabotage treiben, wie z.B. Brandstiftungen bei strategisch wichtigen wirtschaftlichen und militärischen Einrichtungen.

In der Erklärung heißt es: „Fast jeden Tag sind Spionageschiffe der amerikanischen Imperialisten in die kambodschanischen Gewässer eingedrungen, um ihre finsteren Aktivitäten durchzuführen. Zwei oder drei als Fischkutter getarnte Boote, deren Besatzung aus Thais und Kambodschanern bestand, sind jeden Tag heimlich in den Gewässern vor Sihanoukport von den Inseln Pring, Tang und Way zur Insel Treh gefahren, um Kontakt mit den Spionen auf dem Festland zu halten.

Wir haben sie abgefangen und sie haben alles zugegeben. Eine Reihe von Schiffen war mit Funkgeräten und mit Dutzenden von Kilogramm von Plastikbomben beladen, um Betriebe, Werften, wirtschaftliche und militärische Einrichtungen zu sprengen. Sie gaben zu, daß sie Agenten der USA sind, die von CIA-Stützpunkten in Thailand durch den Golf von Thailand nach Kambodscha geschickt worden sind. Am 11. Mai 1975 brachten unsere Patrouillenboote ein Schiff in der Nähe der Insel Tang an der Einfahrt nach Sihanoukport auf. Auf diesem Schiff, das als Fischkutter getarnt war, befanden sich sieben bewaffnete Thais, zwei 12,7-mm-Gewehre, Plastiksprengstoffe, Bomben und Landminen. Die Boote hatten außerdem in den USA hergestellte Hochleistungsfunkausrüstungen an Bord, mit denen über große Entfernungen zwischen Ländern Verbindungen hergestellt werden können. Sie gaben zu, daß sie US-CIA-Agenten sind und nach Kambodscha geschickt wurden, um Sabotage zu treiben und Kontakt mit denen zu halten, die die US-Imperialisten in Kambodscha zurückgelassen haben, bevor sie das Land verließen."

Über das US-Spionageschiff „Mayaguez", das in die kambodschanischen Gewässer eingedrungen und aufgebracht worden war, wird in der Erklärung festgestellt: „Welche Aufgabe hatte dieses Schiff und welches Ziel hat es verfolgt? Wir sind überzeugt davon, daß dieses US-Schiff nicht einfach die Richtung verloren hat, denn es war mit elektronischem Radar und den ausgeklügelsten wissenschaftlichen Einrichtungen ausgerüstet. Deshalb ist es sonnenklar, daß die USA dieses Schiff dazu benutzt haben, Übergriffe, Spionage und Provokationen zu begehen und um die Völker der Welt, das amerikanische Volk und amerikanische Politiker zu betrügen, die kambodschanische Nation und das Volk als Provokateure zu präsentieren und zu behaupten, daß die USA im Recht sind. (. . .)

Die kambodschanische Nation und das Volk rufen alle den Frieden und die Gerechtigkeit liebenden Völker der Welt, das amerikanische Volk, die Jugend und die Politiker auf, dem US-Imperialismus keinen Glauben zu schenken, sondern ihn ernsthaft zu verurteilen, wenn es eines Tages eine neue, von den USA angezettelte Provokation gibt."

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES BEFREITEN KAMBODSCHA UND VIETNAM!
Vorstand der KPD/ML
– Spendenkonto –
Stadtsparkasse Dortmund
Kto Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMBODSCHA/VIETNAM

Aus aller Welt

SAHARA

Der Kampf des Volkes von Westsahara nimmt täglich zu. Ein Kommunique der Front für die Befreiung und die Einheit Saharas gibt bekannt, daß die Freiheitskämpfer den Franco-Söldnern eine Schlacht lieferten und ihnen dabei schwere Verluste zufügten. Bei einem anderen Gefecht töteten die Partisanen 100 feindliche Soldaten und Offiziere und verwundeten über 50, obwohl die Franco-Soldaten Hubschrauber und Jäger einsetzten. Das Volk von Westsahara hat nun den bewaffneten Kampf als den einzig richtigen Weg zur nationalen Befreiung aus dem spanischen Kolonialjoch aufgenommen und verstanden, daß dies die einzige Sprache ist, in der es sich mit den spanischen Kolonialherren reden läßt.

IRAN

Iranische Patrioten haben am 21. Mai zwei Offiziere der USA-Imperialisten, die dem Schah als Berater für seine Armee dienten, getötet. Diese Tat ist Ausdruck des tiefen Hasses und des wachsenden Kampfes der iranischen Volksmassen gegen den amerikanischen Imperialismus und das Schahregime. Wie „Toufahn", das Organ der Marxistisch-Leninistischen Organisation des Iran berichtet, mußte das iranische Oberkommando kürzlich 160 Soldaten aus Oman abziehen, weil sie sich geweigert haben, den Krieg zur Unterdrückung des omanischen Volkes fortzusetzen.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 und 41 Meter
16.00-16.30	32 und 41 Meter
19.00-19.30	41 und 50 Meter
2. Programm	
14.30-15.00	32 und 41 Meter
18.00-18.30	32 und 41 Meter
21.30-22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
3. Programm	
6.00-6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
23.00-23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)

RADIO PEKING

Im Winter	43,7; 42,8 und 38,5 Meter
Im Sommer	26,2 Meter
Jeweils:	19.00-20.00 und 21.00-22.00 Uhr.



32 Meter entspricht 9,26 MHz
41 Meter entspricht 7,23 MHz
50 Meter entspricht 5,95 MHz
215 Meter entspricht ca. 1 400 KHz (Mittelwelle)

450. Todestag Thomas Müntzers

Ein grosser Revolutionär des deutschen Volkes

Am 27. Mai 1525, vor 450 Jahren, starb Thomas Müntzer, der berühmte Führer des deutschen Bauernkrieges. In Gegenwart der Fürsten und der hohen Geistlichkeit wird er auf die Folter gespannt und dann enthauptet. Er ging mit demselben Mut auf den Richtplatz, mit dem er gelebt hatte. Als er hingerichtet wird, ist er höchstens 28 Jahre alt. Friedrich Engels nannte Thomas Müntzer die „großartigste Gestalt" des deutschen Bauernkrieges, einer von denen, „die sich den besten Leuten der Revolutionen anderer Länder an die Seite stellen können".

Thomas Müntzer war ein großer Revolutionär des deutschen Volkes. Er war von völlig anderer Art, als die „Helden", die uns die Bourgeoisie präsentiert. In ihren Geschichtsbüchern wimmelt es von Kaisern und Königen, von Herzögen, Bischöfen und Päpsten, von „großen Männern", die angeblich den Lauf der Geschichte bestimmen. Die Bourgeoisie hat viele solcher „Helden". Luther, der zur Zeit Thomas Müntzers lebte, der die Bauern schmählich verriet, dazu aufrief, sie zu morden und zu unterdrücken und sich auf die Seite der Fürsten schlug, gehört ebenso zu ihnen wie Bismarck der die Sozialistengesetze erließ oder die preußischen Könige, unter denen, wie Karl Marx sagte, Feldwebel, Dummköpfe und Komödianten einander ablösten. Es gibt ein ganzes Heer von Historikern und bezahlten Schreibern, das alle seine Energien darauf verwendete, in allen Einzelheiten „nachzuweisen", daß diese Leute die Geschichte unseres Volkes verkörpern.

Und wo dies nicht verfängt, schlagen sie eine andere Methode ein, um die Geschichte zu fälschen und die Wahrheit zu vertuschen, eine hinterhältige und abgefeimte Methode. Sie rechnen mit der Popularität der Revolutionäre im Volk, überschütten sie heuchlerisch mit Ruhm und Ehre, sie erkennen alles an – aber sie verschweigen, daß sie Revolutionäre waren. So wurde aus Thomas Müntzer der religiöse Widersacher Luthers. Warum dieser Aufwand? Weil die Wahrheit sehr gefährlich ist, weil die revolutionären Traditionen unseres Volkes und diejenigen, die sie, wie Thomas Müntzer verkörpern, eines zeigen: **daß das Volk und nur das Volk die Triebkraft ist, die die Geschichte macht, daß im Volk eine ungeheure Kraft steckt, die nirgendwo klarer zum Ausdruck kommt, als in den großen revolutionären Stürmen, den Zeiten des offenen Kampfes der Unterdrückten und Ausgebeuteten gegen ihre Herren, die ihnen im Nacken sitzen, in den revolutionären Kämpfen unseres Volkes.**

Thomas Müntzer war ein wirklicher Held, weil er an der Seite der Plebejer und Bauern kämpfte, an der Spitze ihres Kampfes stand, mutig, unbeugsam und voller revolutionärer Entschlossenheit, ein Vorbild damals wie heute. Für ihn wie für die revolutionäre Geschichte unseres Volkes gilt die Feststellung in der Erklärung unseres ZK zur Nationalen Frage: ***„Es gibt keine Kraft in der Welt, die auf die Dauer imstande wäre, diese ruhmreichen Traditionen aus dem Bewußtsein unseres Volkes zu tilgen. Schlechte Traditionen kommen und gehen, ebenso wie die Menschen, die Klassenkräfte, die sie hervorgebracht haben. Sie werden mit Unkraut und Disteln bedeckt und niemand erinnert sich ihrer. Diese ruhmreichen Traditionen werden ewig leben, ebenso wie das Volk, das sie hervorgebracht hat."***



Zeitgenössischer Holzschnitt

Aus Müntzers Schrift „Hochverursachte Schutzrede"

„Sieh zu, die Grundsuppe des Wuchers, der Dieberei und Räuberei sind unsere Herren und Fürsten. Sie nehmen alle Kreaturen zum Eigentum: die Fische im Wasser, die Vögel in der Luft, das Gewächs auf Erden muß alles ihres sein. Darüber lassen sie dann Gottes Gebot ausgeben unter die Armen und sprechen: Gott hat geboten, Du sollst nicht stehlen . . . Die Herren machen das selber, daß ihnen der arme Mann feind wird. Die Ursache des Aufruhrs wollen sie nicht wegtun. Wie kann es auf die Länge gut werden? So ich das sage, muß ich aufrührerisch sein!"

Vom 13. -25. Juni in Köln

Besucht die Ausstellung der Volksrepublik China

Am 13. 6. 1975 wird auf dem Kölner Messegelände eine Ausstellung der Volksrepublik China über Wirtschaft, Kultur, Land und Leute Chinas eröffnet. Diese Ausstellung ist die erste ihrer Art in der Bundesrepublik. Ihr Ziel ist es, das Verständnis und die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem chinesischen Volk zu festigen und zu fördern und auch die Entwicklung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen der VR China und der Bundesrepublik zu verbessern.

Für jeden, der die Volksrepublik China näher kennenlernen möchte, bietet diese Ausstellung hervorragende Möglichkeiten. Eine Fotoausstellung zeigt die Errungenschaften in Industrie und Landwirtschaft. Andere Abteilungen vermitteln einen Einblick in die Schwerindustrie, in die Kultur, in das Kunsthandgewerbe, in die Leicht- und Textilindustrie. Auf einem Freigelände sind Land- und Bergbaumaschinen ausgestellt. Besonders interessant sind die Modelle von weltbekannten Vorbildern beim sozialistischen Aufbau, wie zum Beispiel der Volkskommune von Dadschai.

Zusätzlich werden während der Dauer der Ausstellung Filme vorgeführt. Wer mag, kann sich auch an der Verkaufsstelle für chinesische Waren eine Kleinigkeit kaufen.

Die KPD/ML ruft alle Leser des ROTEN MORGEN, alle Freunde des chinesischen Volkes auf, diese Ausstellung zu besuchen und auch unter ihren Verwandten, Freunden und Bekannten für den Besuch dieser Ausstellung zu werben. Innerhalb Nordrhein-Westfalens werden von der Partei Sammelreisen zur Ausstellung nach Köln organisiert. Wir bitten deshalb Interessenten, sich an die örtlichen Parteibüros zu wenden.



Titel eines Faltblattes zur Ausstellung der VR China in Köln.

Ausstellung für Wirtschaft, Kultur, Land und Leute Chinas

Vom 13. bis 25. Juni 1975 auf dem Messegelände in Köln, Halle 4/5; Besuchszeit 9 bis 20 Uhr.

Eintritt: für Erwachsene 4 DM; für Rentner, Schwerbeschädigte, Lehrlinge, Schüler und Studenten, Kinder bis zu 15 Jahren 2 DM; für geschlossene Schulklassen in Begleitung eines Lehrers ab 20 Personen 1 DM.

Im Umkreis von 250 km von Köln erteilt die Bundesbahn Fahrpreisermäßigungen für Besucher der Ausstellung.

Badminton-Mannschaft aus China zu Gast

Am 7. Mai war die chinesische Badminton-Mannschaft in Eßlingen zu Gast, um gegen eine Auswahl des Deutschen Badminton-Verbandes zu spielen. Genossen aus Stuttgart fuhren aus diesem Anlaß nach Eßlingen, um die chinesischen Freunde zu begrüßen. Die Reutlinger Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft (GCDF) verteilte Flugblätter, in denen sie aufrief, den Ausschluß Taiwans aus dem Welt-Badminton-Verband zu fordern und die Aufnahme der VR China zu unterstützen.

Die Genossen waren vom Spiel der chinesischen Mannschaft sehr begeistert. Sie schreiben: „Die Spiele selbst waren hervorragend. Und auch hier zeigte sich, was Sozialismus bedeutet. Nur ein kleines Beispiel:

Beim Mixed (gemischtes Doppel) ist es normalerweise so, daß der Mann im hinteren Teil des Feldes steht, und die Frau Abstauber spielt. Der Mann hat also die dominierende Rolle. Die chinesischen Sportler spielten das Mixed wie ein normales Doppel – und waren haushoch überlegen."

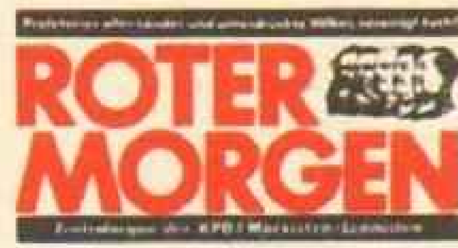
Als die Genossen nach Eßlingen kamen, sahen sie als erstes Polizei (in Uniform und in Zivil). Deshalb ging vorsichtshalber ein Vertreter der Partei sofort zu den chinesischen Freunden, um sie darüber zu informieren, daß die Partei und die Rote Garde ihnen nach dem Spiel einige kleine Geschenke überreichen wollten. Die Leiterin der Mannschaft unterhielt sich gerade mit einem der Organisatoren des deutschen Badminton-Verbandes. Er antwortete sofort an Stelle der chinesischen Spieler und behauptete, daß kein Interesse an den Geschenken bestünde. Die Dolmetscherin übersetzte jedoch das Anliegen unseres Genossen, und die Leiterin der chinesischen Mannschaft sagte daraufhin, daß sie unsere Geschenke natürlich sehr gern annehmen würde und sicherte dem Genossen Unterstützung zu, falls gegen die Geschenkübergabe eingeschritten würde.

Daraufhin wurde der Badminton-Verband nervös. Aufgeregt beschworen verschiedene Organisatoren unsere Genossen, ja die Sportveranstaltung nicht zu „stören". Sie wagten jedoch nicht, gegen das Begrüßungstransparent, das die Genossen in der Sporthalle aufgehängt hatten, vorzugehen.

Nach dem Spiel gingen ein Vertreter der Partei, der Roten Garde und der GDCF Reutlingen zur chinesischen Mannschaft, um ihre Geschenke zu überreichen. Unter den Geschenken der Partei befanden sich auch Erinnerungen an den Deutschen Bauernkrieg, der die revolutionäre Tradition des deutschen Volkes zeigt. Viel Zeit für Gespräche blieb allerdings nicht, da unzählige Zuschauer die chinesischen Sportler bestürmten.

Bestellt das Zentralorgan der KPD/ML

An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund 30
Postfach 30 05 26
hiermit bestelle ich



A) Probenummer ☐ B) Abonnement ab Nr.....

Ich möchte Informationsmaterial ☐ Ich möchte besucht werden ☐

Name, Vorname.......

Beruf.......

Postleitzahl/Ort.......

Straße.......
(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum.............. Unterschrift.......

Das Abonnement kostet für ein Jahr 30,– DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund 417 06 – 466 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen.

Parteibüros der KPD/ML

BIELEFELD
Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr: 16.30-18.30, Sa: 9-13 Uhr.

BOCHUM
Dorstenerstr. 86. Öffnungszeiten: Mo-Fr: 17.30-19 Uhr Sa: 10-13 Uhr Tel.: 0234/ 51 15 37

BREMEN
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Mi: 16-19, Sa 9-13.

DORTMUND
Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231/ 41 13 50. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18 Uhr, Sa: 10-14 Uhr.

DUISBURG
Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.30-19, Sa: 10-13 Uhr

HAMBURG
Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040 / 43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

HANNOVER
Elisenstr. 20. Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30-19 Uhr, Sa 9-13 Uhr.

KIEL
Thälmann-Buchladen, Reeperbahn 13. Tel.: 0431 / 74 7 62. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13.

KÖLN
Köln-Kalk, Buchforststr. 105 b. Öffnungszeiten: Di und Do 17-19 Uhr, Sa: 9-13 Uhr

LÜBECK
Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

MANNHEIM
Lortzingstr. 5. Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17-18.30, Sa 9-13 Uhr.

MÜNCHEN
Buchladen „Roter Morgen", 8 München 2, Thalkirchner Str. 19. Tel.: 089 / 77 51 79. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

MÜNSTER
Bernhard-Ernst-Str. 5 (im Hof). Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

STUTTGART
Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

WESTBERLIN
Buchladen „Roter Morgen", 1 Berlin 65, Schererstr. 10. Tel.: 030 / 465 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

RADIO TIRANA Nr. 2
15. Mai 1975
Ausgewählte Sendungen
Rotfront-Verlag Kiel

Abonnement: 1/4 Jahr 12,– DM
Einzelheft 2,– DM

Bestellungen an:
Rotfront-Verlag
23 Kiel 1, Postfach 3746

Neuerscheinung im Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking

AUSGEWÄHLTE ARTIKEL
KRITIK AN LIN BIAO UND KONFUZIUS

180 Seiten, Preis 1,25 DM

Bestellungen an:
Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49